

PROTOKOLL

über die 7. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 26. Juni 1980, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.30 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss

VIZEBÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Anna Kaltenbrunner

Konrad Kinzelhofer

Manfred Wallner

Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Ingrid Ehrenhuber

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Karl Feuerhuber

Walter Heumann

Karl Hochrather

Wilhelm Kern

Walter Köhler

Herbert Lang

Hermann Leithenmayr

Johann Manetsgruber

Franz Mayr

Josef Radler

Friedrich Reisner

Erwin Schuster

Herbert Schwarz

Ernst Seidl

Rudolf Steinmassl

Franz Steinparzer

Otto Tremel

VOM AMT:

Magistratsdirektor-Stell-
vertreter Senatsrat Dr.

Franz Knapp

Kontrollamtsdirektor Ober-
amtsrat Alfred Eckl

Präsidialdirektor Oberamts-
rat Roland Postler

Direktor OAR Robert Schlederer

Rechnungsdirektor Oberamtsrat

Ludwig Stary

TAR Ing. Wolfgang Wein

VB Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Walter Radmoser

VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

Eröffnung der Sitzung, Festlegung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Beschlüsse des Stadtsenates, die gemäß § 51 Abs. 3 StS dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen sind

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER: (Beschlüsse des Stadtsenates)

- | | |
|---------------|---|
| Bau 5-3550/77 | Umbau des Volksskinos zu einem Kulturzentrum; Anschaffungen für den Theaterkeller. |
| GHJ 1-1359/80 | Reparatur eines Rasenmähers. |
| K -1330/71 | Anschaffung von Fahnenmasten. |
| GHJ 2-2358/80 | Amtsgebäude Redtenbachergasse 3; Maler- und Anstreicherarbeiten. |
| Sport-1250/76 | Einräumung eines Wasserbezugsrechtes und Anschluß der Liegenschaft St. Ulrich 36 an das städtische Wassernetz. |
| Ha -3988/70 | Gewährung einer öffentlichen Beihilfe an den Wirtschaftsverein Arbeiterheim zur Tilgung der 9. Rückzahlungsrate des Förderungsdarlehens für den Casinoubau. |

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

- 1) Präs - 171/80 Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Steyr an Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck.
- 2) Präs - 172/80 Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Steyr an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Rupert Hartl.
- 3) Präs - 497/80 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Dr. Hertha Firnberg.
- 4) Präs - 490/80 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Josef Schmiedl, Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 5) Pol - 5864/79 Stadtsaal Steyr; Tarifordnung und Mietvertrag.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

- 6) K - 15/80 Fassadenaktion 1980.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 7) Wa - 5450/75 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr für das Jahr 1979.
- 8) ÖAG - 5057/79 Errichtung der Hochbehälterfülleitung Münchenholz;
Stadtwerke 1) Tiefbauarbeiten.
2) Lieferung der Rohre, Armaturen und Formstücke.
- 9) Pers- 268/80 Personalvertretung des Magistrates Steyr; Subvention.
- 10) Ha - 2420/80 Rotes Kreuz Steyr; Jahressubvention 1980.
- 11) Ha - 2694/80 Aufnahme eines Darlehens von S 25,000.000,- bei der österreichischen Kommunalkredit-AG Wien.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- 12) ÖAG - 2242/80 Stadtwerke - Teilbetriebe städtische Bäder und Kunsteisbahn; Verlustersatz 1979.

- 13) ÖAG – 7312/79 Erdgasabgabepreis; Neufestsetzung.
Stadtwerke
- 14) Ha – 4295/79 Mittel aus der Nahverkehrsförderung; Kostenersatz an
die Stadtwerke.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 15) Bau5– 5869/79 Errichtung von WC-Anlagen in Zwischenbrücken.
- 16) Bau5– 4160/77 Umbau des alten Stadttheaters; Bewilligung von Mitteln.
- 17) Bau6– 432/73 Kanalbau Waldrandsiedlung; Ergänzung der GR –Beschlüsse
vom 23. 9. 1976 und 10. 5. 1979.
- 18) Ge – 5770/77 Marktordnung für die Stadt Steyr; Neufassung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 19) Bau3– 1501/72 Baulos Märzenkeller, Bauabschnitt "Straßenbau Damberg-
gasse"; Kostenbeitrag der Stadt Steyr.
- 20) Bau3– 5496/77 Kindergarten Resthof; Errichtung einer Zufahrtsstraße.
- 21) Bau3– 52/80 Asphaltierungsprogramm 1980.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich begrüße die Damen und Herren des Gemeinderates ebenso wie die Vertreter der Beamtenschaft und der Presse. Ich stelle fest, daß die Einberufung ordnungsgemäß zeitgerecht vor sich gegangen ist und daher auch die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer für heute werden die Herren Gemeinderäte Schuster und Tremml vorgelesen. Aus dem beifälligen Nicken der beiden Herren entnehme ich die Zustimmung. Danke. Ich darf mir vorneweg gleich erlauben, eine Korrektur einer Zusendung vorzubringen. Sie haben eingeladen für den 5. Juli zur Rot-Kreuz-Veranstaltung. Irrtümlicherweise wurde in der Zusendung der 5. Juni angegeben, im Schreiben selbst ist das richtiggestellt. Ich sage es noch einmal zur Kenntnisnahme, diese Veranstaltung ist am Samstag, 5. Juli. Ich darf auch die vorliegenden Entschuldigungen bekanntgeben, es sind Stadtrat Fürst, der sich noch immer auf Urlaub befindet, Gemeinderat Sablik, Gemeinderat Zagler, Gemeinderat Pimsl, Frau Gemeinderat Liebl. Die übrigen Vertreter des Gemeinderates, wie Stadtrat Wippersberger, Gemeinderat Holub und Mausz befinden sich auf einer Dienstreise in der befreundeten Stadt Plauen. Ich bitte um Kenntnisnahme.

In der Tagesordnung fortfahrend komme ich gleich zur Behandlung von zwei hier vorliegenden Anfragen, und zwar eine von Herrn Stadtrat Wallner, die folgendermaßen lautet: Anfrage an den Bürgermeister der Stadt Steyr Franz Weiss, zu Zl. Präs 590/79 hat der Stadtsenat eine Geschäftsordnung für den Stadtsenat beschlossen. Gemäß § 2 Abs. 1 werden die in die Zuständigkeit des Stadtsenates fallenden Angelegenheiten des Wirkungsbereiches der Stadt, die von dem gemäß § 1 zuständigen Mitglied des Stadtsenates, namens des Stadtsenates, zu besorgen sind, durch einen eigenen Beschluß des Stadtsenates gemäß § 31 Abs. 7 erster Satz des Stadtstatutes festgelegt. Bisher erfolgte eben dieser Beschluß nicht, ja nicht einmal Beratungen über dieses Thema fanden statt, obwohl dies schon mehrmals gefordert wurde. Aus diesem Grund richte ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion an den Bürgermeister der Stadt Steyr, Herrn Franz Weiss, nach § 11 Abs. 2 des Statutes, unter Beachtung der Bestimmungen der Geschäftsordnung des Gemeinderates folgende Anfrage:

"Wann gedenken Sie endlich, diesbezüglich einen konkreten Verhandlungstermin zu vereinbaren?"

Meine Antwort darauf ist, nach Abwicklung der Urlaubszeit. Ich darf aber noch ergänzend hinzufügen, daß am 24. Jänner den Fraktionsvorsitzenden der Entwurf damals ausgehändigt wurde und es mir gegenwärtig nicht bekannt ist, aus der Aktenlage jedenfalls geht das nicht hervor, daß schon ein- oder mehrmals eine Behandlung dieses Punktes gefordert worden wäre. Das muß ich offen lassen. Sonst nur der Hinweis, daß ich in Kürze den Urlaub antrete, der Herr Magistratsdirektor ist gegenwärtig auf Urlaub, der sich hauptsächlich und vornehmlich mit dieser Frage befaßt hat und er wird nach Rückkunft von mir entsprechende Veranlassungen vorgelegt bekommen, damit nach Abwicklung der Urlaubszeit dieser Punkt zur Behandlung kommt. Das wäre die Anfrage Nr. 1.

Herr Stadtrat Wallner bitte.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ich hätte eine Zusatzfrage, Herr Bürgermeister erstens glaube ich, mindestens zweimal ist eine solche Berichterstattung erfolgt seitens meiner Fraktion, bzw. seitens Vizebürgermeister Fritsch ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Darf ich bitte unterbrechen, nicht an mich, mir ist sie nicht bekannt, vielleicht an den Magistratsdirektor. Das kann ich aber gegenwärtig nicht beurteilen. Wenn die Frage an mich geht, muß ich sagen nein.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

.....

stand mir die Zusatzfrage zu, darf ich daraus schließen, daß es zu Beratungen kommt und nicht zu einem fix und fertigen Konzept, das einem sozusagen vorgelegt wird. Die Beratungen werden nach der Sommersaison bzw. Urlaubszeit begonnen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Über das zugestellte Elaborat, der Entwurf ist den Fraktionsvorsitzenden am 24. Jänner

ausgehändigt worden und darüber hinaus habe ich bis heute persönlich keinerlei Urgenz erhalten, vielleicht hat jemand anderer eine solche erhalten, ich nicht. An mich ist diese Anfrage gerichtet, ich kann daher keine andere Auskunft geben. Das wäre die eine Frage, die andere Anfrage stellt Gemeinderat Radler. Sie betrifft eine Anfrage an den Bürgermeister der Stadt Steyr, Herrn Franz Weiss. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Bezirksgruppe Steyr-Stadt, veröffentlicht unter dem Zeichen R X/1980 folgendes Schreiben:

"Pragmatisierung unter Nachsicht von der Dienstprüfung. Die Personalvertretung hat in der Bezirksausschußsitzung vom 3. 6. 1980, betreffend die seitens des Dienstgebers beabsichtigte Pragmatisierung des Leiters des Referates für Presse und Information, Walter Kerbl, folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt: Die Pragmatisierung unter Nachsicht von der Dienstprüfung des Walter Kerbl wird abgelehnt. Gleichzeitig werden die in der gemeinderätlichen Personalkommission verankerten Personalvertreter beauftragt, in der PK, also der Personalkommissionssitzung, aus folgenden Gründen gegen die Pragmatisierung zuzustimmen: Es liegen keine außergewöhnlich berücksichtigungswürdigen Umstände vor, die eine Nachsicht von der Ablegung der Dienstprüfung rechtfertigen. Der Behauptung, daß es für den Leiter des Pressereferates keine entsprechende Dienstprüfung gibt, wird mit dem Hinweis entgegen getreten, daß sich der gehobene Redaktionsdienst aus dem Dienstzweig Verwaltungsdienst entwickelt hat und somit die Ablegung der Verwaltungsdienstprüfung auch für Kerbl eine Pragmatisierungsvoraussetzung sein muß. Die Personalvertretung kann nicht zustimmen, daß beim Magistrat Steyr mit zweierlei Maß gemessen wird. Einerseits werden weibliche Bedienstete wegen Nichtablegung der Stenotypistenprüfung entlassen, andererseits wird Kerbl mit Nachsichtgeschenken - volle Dienstzeitanrechnung, Nachsicht von der Dienstprüfung, 4 Jahre Magistratesdienst als Pragmatisierungsvoraussetzung nicht notwendig etc. - überhäuft. Gegen die Meinung der Personalvertretung und der gemeinderätlichen Personalkommission hat der Stadtsenat in seiner Sitzung vom 19. 6. 1980 mehrheitlich beschlossen, den Referenten für Presse und Information bei der Magistratesdirektion, unter Nachsicht der Verwaltungsdienstprüfung aus dem provisorischen Dienstverhältnis in ein definitives pragmatisches Dienstverhältnis zu übernehmen. Eine Anrechnung von 2 Jahren Privatdienstzeiten auf die provisorische Magistratesdienstzeit erfolgt zur Erfüllung der Pragmatisierungsbedingungen. Darüber hinaus wird die Ablegung einer dazu vorgeschriebenen Dienstprüfung unter Mißachtung der hiefür einschlägigen Bestimmungen nachgesehen." Da die Gemeindeverwaltung nach den Gesichtspunkten von Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu führen ist, richte ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion gemäß § 11 Abs. 2 des Statutes, unter Beachtung der einschlägigen Bestimmungen der Geschäftsordnung des Gemeinderates an den Bürgermeister der Stadt Steyr, Herrn Franz Weiss, folgende Anfrage:

"1. Wie begründen Sie, daß bei der Pragmatisierung des Referenten für Presse und Information, Herrn Walter Kerbl, der Gesichtspunkt a) der Zweckmäßigkeit, b) der Sparsamkeit (Einstufung in B VII im Schema II - das ist das Beamtenschema), c) der Wirtschaftlichkeit eingehalten wurde? 2. Wie begründen Sie, daß diese Maßnahme gegen die Meinung der Personalvertretung und gegen den Beschluß der gemeinderätlichen Personalkommission erfolgt ist?

Dazu kann ich Herrn Gemeinderat Radler folgende Antwort geben. Ich darf gleich zu Punkt 2) kommen. Es ist für den Stadtsenat, der entscheidend ist in seinen Beschlüssen für die Einstellung oder sonstige Personalmaßnahmen nicht eine unbedingte Verpflichtung, die Auffassung der Personalvertretung zu teilen, das ist eben eine Gewerkschaftseinrichtung, die autark in ihren eigenen Entscheidungen und Auffassungen ist, ebenso der Stadtsenat. In der Demokratie gilt nun einmal die Mehrheitsbildung und eine Mehrheit des Stadtsenates hat hier die Entscheidungen getroffen, auch wenn es der Personalvertretung nicht gelegen gekommen ist. Zum anderen, zu Punkt b) des zweiten Punktes darf ich sagen, daß der Beschluß gegen die Empfehlung der gemeinderätlichen Personalkommission erfolgte, hier gilt das gleiche, die Personalkommission hat lediglich Empfehlungscharakter, Beratungscharakter und keinen Entscheidungscharakter. Wenn ich heute die hundert Fälle zusammenzähle, die in gemeinsamen Entscheidungen bisher getroffen wurden und vom Stadtsenat sanktioniert wurden, ist das ein Einzelfall, der unter diesen - in den letzten Jahren

zusammengezählt – tausenden Fällen, die hier zur Behandlung kamen, eine Minderheit, die kaum beachtet wird, wenn er nicht als Einzelfall so hochgespielt worden wäre. Im übrigen darf ich hier doch mit einigem Erstaunen die Feststellung treffen, daß man sich innerhalb der ÖVP die Argumentation der Personalvertretung zu eigen macht, zumal es noch gar nicht so lange her ist, daß sich gerade Ihre Zeitung, die Steyrer Zeitung, sehr vehement, als es um das Jubiläumsgeld gegangen ist, gegen die Magistratsbediensteten ausgesprochen hat. Das wäre das eine.

Zu Punkt 1) zurückblendend, hier wird angezogen, wo liegt die Zweckmäßigkeit, die Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit? Meine Damen und Herren, das ist relativ einfach zu beantworten. Die Zweckmäßigkeit liegt in der seit der Einstellung Kerbls erfolgten beträchtlich besseren öffentlichen Informationstätigkeit und wenn ich jetzt die Art und Weise heranziehe, wie Bericht erstattet wird, so kann sich hier jedes Wochenblatt von Steyr und Umgebung, vielleicht von ganz Österreich, hinter diesem repräsentativen Blatt verstecken. Ich sehe sicherlich ein, daß das manchem ein Dorn im Auge sein mag, aber die Tatsache, daß ganz Steyr, die Bevölkerung, mit großer Freude diese Beachtung der Öffentlichkeitsarbeit durch die Herausgabe des neuen Amtsblattes begrüßt, das ist, glaube ich, nicht von der Hand zu weisen. Daher ist aus diesem Grunde die Zweckmäßigkeit erwiesen.

Hinsichtlich der Sparsamkeit kann ich sagen, normalerweise würde ein Amtsblatt in dieser repräsentativen Aufmachung ein Mehrfaches dessen kosten, und ein Mehrfaches an Personen benötigen, als es bei uns der Fall ist, zumal es Kerbl gelungen, eben durch Einschalten von Inseraten und sonstigen Maßnahmen und Vorgängen, das Amtsblatt in dieser repräsentativen Form äußerst sparsam – auch nach Auffassung von Fachleuten – zu gestalten. Damit erscheint mir auch Absatz b) Ihrer Anfrage beantwortet.

Die Wirtschaftlichkeit hängt damit zusammen, die Wirtschaftlichkeit dieser Aussendung hängt zusammen einerseits mit einer weitreichenden Informationstätigkeit, andererseits mit einer repräsentativen Information und außerdem bei geringen Kosten wird diese Information in dieser Form durchgeführt.

Zum Abschluß sei mir noch der Hinweis gestattet, daß es falsch ist zu glauben, es wird behauptet, daß gesetzwidrig vorgegangen worden sei, das stimmt überhaupt nicht. Es gibt gewisse Normen für die Personaleinstellung, die werden generell strikte eingehalten, in besonderen Fällen muß sich eben das Entscheidungsgremium – das ist der Stadtsenat – vorbehalten, eine Entscheidung im Interesse der Gesamtheit zu treffen und das ist geschehen. Darüber hinaus ist es ja in keinem Betrieb üblich, daß der Betriebsrat allein die Betriebsführung inne hat, bei uns nehmen wir bescheidenerweise doch in Anspruch, auch manche Maßnahmen zu setzen, die nicht einheitlich getroffen werden. Letztlich, es gibt eine Verwaltungsdienstprüfung, die hat aber überhaupt keinen Zusammenhang mit dem Journalismus, denn Journalist ist man oder man ist es nicht. Wenn man zurückblendet und einen Vergleich zieht zwischen dem Amtsblatt, wie es früher herausgegeben wurde und wie es heute ist, so glaube ich, ist diese Aussage zweifellos unterstrichen. Mehr könnte ich nicht hinzufügen. Gibt es dazu noch eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall. Ich hoffe, damit diese beiden Anfragen beantwortet zu haben.

Wir kommen nun zum Punkt Mitteilungen. Hier möchte ich mir eine Mitteilung gestatten zur Aufklärung. Ich habe am 22. Mai einen offenen Brief der Fraktion der Österr. Volkspartei im Gemeinderat der Stadt Steyr erhalten, der in der Steyrer Zeitung abgedruckt wurde und ich glaube, auch in den Nachrichten, mit folgendem Inhalt: "Sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Vorkommnisse in der letzten Gemeinderatsitzung, die zum Auszug der ÖVP-Fraktion geführt haben, veranlassen die Unterfertigten, sich auf diesem Weg mit dem nachstehenden dringlichen Ersuchen an Sie, Herr Bürgermeister, zu wenden: Üben Sie künftig allen Einfluß Ihrer Fraktion durch Ihre Vorsitzführung dahingehend aus, daß Stellungnahmen in der Tonart Ihres Fraktionsmitgliedes, Gemeinderat Reisner, in Hinkunft verhindert werden. Unsere Fraktion kann es sich nicht bieten lassen, daß durch einen SPÖ-Mandatar erklärt wird, die ÖVP zerstört die Zusammenarbeit in der Stadt. Billigen Sie auch anderen Parteien, nicht nur der SPÖ, das Recht zu, Ihre Meinung in der Öffentlichkeit zu äußern und Stellungnahmen abzugeben. Im Interesse unserer Stadt und deren Bürger legt die ÖVP-Fraktion größten Wert auf die Aufrechterhaltung einer sachlichen Gesprächsbasis, treffen Sie dazu künftig alle geeigneten Maßnahmen. Die Sorge, daß sachliche Auffassungsunterschiede in unsachliche Polemiken auszuarten drohen, war Grund zu diesem Schreiben.

Unterschrift: Die Mitglieder der Österr. Volkspartei im Gemeinderat der Stadt Steyr. Ich habe mir erlaubt, diesen offenen Brief zur Information auch allen übrigen Fraktionsvorsitzenden zur Kenntnisnahme weiter zu leiten und stelle fest, daß ich mir nicht bewußt bin, in meiner Vorsitzführung jemanden gehindert zu haben, eine offene Meinungsäußerung abzugeben. Es liegt mir aber fern, denn es steht mir nicht zu, einer Fraktion zu empfehlen oder zu verbieten, den Gemeinderatsaal zu verlassen. Das ist eine Entscheidung, die jeder politischen Partei und ihrer Vertretung ausschließlich allein zukommt. Das ist das eine. Zum Zweiten muß ich auch das zurückweisen, daß ich gemäß Statut und Geschäftsordnung vorgehe. Wer gegen die Vorschriften, die für den Sitzungsablauf hier maßgebend sind nicht verstößt, hat jede politische, demokratische Freiheit wie in jedem anderen Gremium auch. Ich bin mir hier keiner Schuld bewußt, die Sache ist daher zweifelsohne in die falsche Richtung gegangen. Diese Klarstellung war mir sehr angelegen, denn es könnte daraus allzuleicht zu Mißverständnissen kommen. Damit haben wir auch die Mitteilungen erledigt. Wir schreiten nun zu den Beschlüssen des Stadtsenates, die gemäß § 51 Abs. 3 des Statutes dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen sind. Herr Stadtrat Fürst ist entschuldigt, ich bitte Frau Stadtrat Kaltenbrunner in Vertretung, diesen Vortrag zu bringen.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Stellvertretend für Herrn Stadtrat Fürst darf ich Ihnen, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, Beschlüsse des Stadtsenates, die gemäß § 51 Abs. 3 des Stadtstatutes dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen sind.

Bau 5 - 3550/77

Umbau des Volkskinos zu einem Kulturzentrum;
Anschaffungen für den Theaterkeller.

GHJ 1 - 1359/80

Reparatur eines Rasenmähers.

K - 1330/71

Anschaffung von Fahnenmasten.

GHJ 2 - 2358/80

Amtsgebäude Redtenbachergasse 3;
Maler- und Anstreicherarbeiten.

Sport - 1250/76

Einräumung eines Wasserbezugsrechtes und Anschluß der Liegenschaft St. Ulrich 36 an das städtische Wassernetz.

Ha - 3988/70

Gewährung einer öffentlichen Beihilfe an den Wirtschaftsverein Arbeiterheim zur Tilgung der 9. Rückzahlungsrate des Förderungsdarlehens für den Casinoubau.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Berichte.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und dazu darf ich mitteilen, daß in Vertretung von Stadtrat Fürst dessen Agenden Stadtrat Zöchling übernimmt. An Stelle von Stadtrat Wippersberger wird Gemeinderat Feuerhuber berichten. Für meine Berichte bitte ich Kollegen Schwarz um Vorsitzübernahme.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seine Berichte.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren! Wir haben heute sicherlich einige sehr wesentliche Verhandlungen insofern durchzuführen, als es um die Verleihung von Ehren, die die Stadt Steyr aussprechen will, handelt. Ich kann voraussetzen, daß sie den Amtsbericht in Händen haben, mir daher ersparen, in alle Details gesondert einzugehen. Ich darf aber vorneweg sagen, daß bereits seit einem Jahr zwischen den Fraktionen Einigkeit darüber bestanden hat, daß wir die Ehrenbürgerschaft der Stadt Steyr dem Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck und dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Rupert Hartl verleihen wollen. Es ist nach Kenntnisnahme dieser fraktionsinternen Entscheidungen auch mit den Betroffenen vereinbart worden, daß diese Ehrungen nicht in Zusammenhang mit der Vorwahlzeit oder in der Wahlzeit der Gemeinde- und Landtagswahlen durchgeführt werden, sondern auf das Jahr 1980 verlegt werden und so der Antrag also erst jetzt zur Behandlung vorliegt. Der Herr Landeshauptmann Dr. Ratzenböck ist bekannt dafür, daß er uns als Kulturreferent in vielen Belangen sehr hilfreich zur Seite gestanden ist. Ich denke dabei an seine Verdienste, die Landesausstellung "Hallstattkultur" nach Steyr zu bringen, wodurch es letztlich gelungen ist, die vom Finanzminister schon damals in Aussicht gestellten 10 Mill. Schilling zur Sanierung des Schloßes Lamberg zu aktivieren. Gleichzeitig wurde durch diese Vorentscheidungen erreicht, daß das Schloß Lamberg einer Generalsanierung und -renovierung zugeführt werden konnte. Es hieße "Wasser in die Enns tragen", jetzt über den Erfolg zu sprechen, jeder Steyrer und jeder Besucher kann sich davon überzeugen. Ich darf dazu auch noch ergänzend sagen, die Entscheidungen und Verhandlungen zur Installierung eines neuen Betriebes, nämlich der BMW-Steyr-Motorenfabrik, sind erwähnenswert, denn letzten Endes gibt das Land Oberösterreich 114 Mill. Schilling als Förderungsbetrag, neben den 21 Mill. Schilling, die die Stadt Steyr beisteuert. Wir wissen, daß gegenwärtig auch Verhandlungen im Gange sind, wo durch die Erweiterung um die Phase zwei, sowohl vom Bund, als auch vom Land hier zusätzliche Mittel im Raume stehen. Die Kulturaktivitäten, das Festjahr, alles das in Zusammenhang gebracht, läßt es voll rechtfertigen, Herrn Landeshauptmann durch die Stadt Steyr die Ehrenbürgerwürde zu verleihen. Der Antrag lautet:

1) Präs - 171/80

Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt

Steyr an Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Anerkennung und Würdigung seiner besonderen Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für seine Bemühungen um die Pflege des Kulturgutes und um die finanzielle Stärkung der Stadt, wird Herr Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck zum Ehrenbürger der Stadt Steyr ernannt.

"Die Eintragung im Ehrenbürgerbuch hat wie folgt zu lauten:

Die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner besonderen Verdienste um die Stadt Steyr als Landeshauptmann und Kulturreferent von Oberösterreich, im besonderen für seine Bemühungen um die Pflege des Kulturgutes und um die finanzielle Stärkung der Stadt."

Ich bitte, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben, sofern es gewünscht wird, trage ich alle Fälle hier vor, sonst wird zu jedem Punkt separat diskutiert.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wird ein Einwand dagegen erhoben, daß pauschal vorgetragen wird, und in einem darüber abgestimmt wird? Kein Einwand? Dann bitte ich den Herrn Bürgermeister in der Berichterstattung fortzufahren.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Dann darf ich zum zweiten kommen. Hier bezieht sich der Antrag auf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Rupert Hartl. Ich möchte nur nebenbei erwähnen, daß er als Gemeindeferent unserer Stadt enorme Hilfestellung bei der Ausfinanzierung oder Vorfinanzierung

von Vorhaben geleistet hat. Ohne seine Hilfe hätten wir manche Investitionsprogramme nicht in dem Ausmaß durchführen können, wie wir es tatsächlich getan haben. Vielleicht nur für jene, die erst kurze Zeit im Gemeinderat sind: Als ich vor sechs Jahren die Funktion des Bürgermeisters übernommen habe, hat die Jahre zuvor das Gemeindereferat zwischen zwei und zweieinhalb Millionen Schilling für die Stadt Steyr zur Verfügung gestellt. Ich möchte hier nicht ergründen, warum das so war; sicherlich war auch die Stadt an diesem Zustand nicht unbeteiligt. Es ist aber nach Übernahme des Gemeindereferates durch den Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl gelungen, in jährlichen Verhandlungen die Hilfen beträchtlich anzuheben und so haben wir für das Jahr 1979 aus dem Gemeindereferat achtzehn Millionen Schilling zugebilligt erhalten. Mit diesem Betrag konnten wir natürlich beträchtliche Vorleistungen auf das Jubiläumsjahr erbringen. Ich denke dabei an die Brücken, an die Kulturstätten und ähnliches mehr. Auch im heurigen Jahr wurden – trotz der Finanzbremse, die im Lande angelegt wurde, so auch wir eine 20 %ige Kreditsperre im Budget vorgesehen haben – trotzdem fünfzehn Millionen Schilling Zusicherung erteilt und ich habe kürzlich erst auch eine Verständigung erhalten, daß dieser Betrag tatsächlich schon beschlossen wurde in der Landesregierung, damit auch für heuer wieder beträchtliche Untermauerung unserer Bestrebungen. Darüber hinaus ist das Gemeindereferat, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl natürlich auch in dieser Funktion, rein auf legislativer Ebene sehr aktiv gewesen und ich glaube, es ist auch ihm zu einem gewissen Teil zu verdanken, daß die Einmütigkeit der Entscheidung über das neue Statut der Stadt Steyr zustande gekommen ist. Ich darf auch in diesem Fall um die Zustimmung zur Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl ersuchen.
Der Antrag lautet nun:

2) Präs 172/80

Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Steyr
an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Rupert Hartl

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Anerkennung und Würdigung seiner besonderen Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für seine Bemühungen um die Förderung des kommunalen und wirtschaftlichen Ausbaues der Stadt als Landeshauptmann-Stellvertreter und Gemeindereferent des Landes Oberösterreich, wird Herr Dr. Rupert Hartl zum Ehrenbürger der Stadt Steyr ernannt.

Die Eintragung im Ehrenbürgerbuch der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

"Die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner besonderen Verdienste um die Stadt Steyr als Landeshauptmann-Stellvertreter und Gemeindereferent des Landes Oberösterreich, im besonderen für seine Bemühungen um die Förderung des kommunalen und wirtschaftlichen Ausbaues der Stadt."

Ich habe nunmehr zwei Anträge, die die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr betreffen. Ich darf zuerst Frau Bundesminister Dr. Hertha Firnberg erwähnen, die in mehrfacher Hinsicht unserer Stadt in ihrer zehnjährigen Ministertätigkeit entgegengekommen ist. Ich darf voran, durch die großen Lobesäußerungen der Besucher und öffentlicher Einrichtungen aus ganz Österreich und aus dem Ausland, hervorheben ihre Ressortzuständigkeit für den Denkmalschutz, wo wir ja gerade durch die fachliche Beratung durch das Bundesdenkmalamt und durch die Beistellung entsprechender Mittel hier wirklich ein Werk erreichen konnten, das der gesamte Gemeinderat und die jeweilig betroffenen Hausbesitzer auf sich vereinen können, nämlich einen enormen Schritt in der Stadtverschönerung vorangekommen zu sein und das hat allseits und überall bis weit über die Grenzen Österreichs hinaus Anklang und Beachtung hervorgerufen.

Der Antrag lautet:

3) Präs 497/80

Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Frau
Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Dr.
Hertha Firnberg

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Anerkennung und Würdigung ihrer besonderen Verdienste um die Stadt Steyr, vornehmlich im Bereich Kultur und Forschung, wird Frau Dr. Hertha Firnberg der Ehrenring der Stadt Steyr verliehen.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger hat wie folgt zu lauten:

"Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung ihrer besonderen Verdienste um die Stadt Steyr als Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, für ihre Bemühungen auf dem Gebiete der Denkmalpflege und der kulturellen Entwicklung der Stadt."

Das ist das eine, zum zweiten ist es ihrer Initiative und Aktivität zu verdanken, daß wir ein Wissenschaftlerteam zur Verfügung bekommen haben, das über den Wehrgraben eine Projektausarbeitung vorgenommen hat und diese Projektausarbeitung wird ja auch im Herbst noch einmal Gelegenheit sein, sie vor dem Gemeinderat im Detail noch einmal unter Beisein beider Ehrenempfänger zu behandeln. Auch hier war es ihre Aktivität, die diesen Schritt überhaupt ermöglicht hat. Darüber hinaus kann man noch hinzufügen, daß sie für das alte Stadttheater uns finanziell sehr entgegengekommen ist und somit das alte neue Haus sich in dem Lichte präsentiert, wie es jetzt zu sehen ist. Auch hier waren anlässlich der Kulturkontakte vergangenes Wochenende alle Besucher der Auffassung, daß es vielleicht das schönste Theater in ganz Österreich ist, so wie es sich jetzt zeigt. Daher stelle ich den Antrag, Frau Dr. Hertha Firnberg den Ehrenring zu verleihen.

Der nächste Ehrenringträger soll beantragt werden in der Person des Präsidenten der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Josef Schmidl. Er ist bekanntlich ein Steyrer und in vielerlei Hinsicht anzusehen als Repräsentant der gesamten Arbeitnehmerschaft des Landes Oberösterreich einerseits, im speziellen aber hier des Bezirkes der Stadt Steyr andererseits. Schmidl hat in jahrzehntelanger Arbeit als Zentralbetriebsratsobmann der Steyrer Werke nicht unwesentlich beigetragen, die sozialen Umstände, die Einkommensverhältnisse beträchtlich zu verbessern, wodurch eine Kaufkraft in Steyr erreicht werden konnte, wie sie in dieser Form früher nie aufgetreten ist. Das bringt Vorteile für breite Kreise der Geschäftswelt, für die Familien und für die kleinsten Zweige des Zusammenlebens. Er hat darüber hinaus als Steyrer den Hauptanteil, daß die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich ihre Außenstelle in Steyr neu errichtet hat. Und das in einem Gebiet, nämlich im Altstadtzentrum, in einem Gebiet, das mehr und mehr von Institutionen, von Körperschaften, von Ämtern und Behörden verlassen wird, die sich alle in der Peripherie der Stadt ansiedeln und dadurch dem Stadtkern gewisse Teile – Einzugsgebiete – entziehen bezüglich der Kaufkraft und der gesamten Abwicklung der Kommunikation. Hier darf besonders gedankt werden. Ich bin heute noch froh, daß die Stadt hier großzügig war bei der Bereitstellung dieses Grundes. Es wird sich auf Sicht gesehen über Jahrzehnte hinaus als Vorteil für die gesamte Stadt erweisen. Schmidl ist auch der Vorsitzende des österreichischen Gewerkschaftsbundes im Lande Oberösterreich und auch in dieser Form verdient er Beachtung und das alles zusammen, zur Abrundung des Persönlichkeitsbildes, stellt eine Lebensarbeit für Präsident Schmidl dar. Diese Lebensarbeit soll gekrönt werden mit der Verleihung des Ehrenringes durch die Stadt Steyr. Mein Antrag lautet daher:

4) Präz 490/80

Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an
Josef Schmidl, Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr als Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich und als Zentralbetriebsratsobmann der Steyr-Daimler-Puch AG, im besonderen um die arbeitende Bevölkerung der Stadt Steyr, wird Herrn Josef Schmidl der Ehrenring der Stadt Steyr verliehen.

Die Eintragung in das Buch der Ehrenringträger hat wie folgt zu lauten:

"Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr als Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich und als Zentralbetriebsratsobmann der Steyr-Daimler-Puch AG, im besonderen um die arbeitende Bevölkerung der Stadt.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, sie haben die vier Anträge gehört. Sie stehen nun zur Diskussion. Wünscht jemand zu sprechen? Kollege Fritsch bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Nur eine ganz kurze Stellungnahme zu allen vier Anträgen im Namen meiner Fraktion. Über Verleihung der Ehrenbürgerwürde wurde ja schon lange – wie von Herrn Bürgermeister Weiss als Berichterstatter ausgeführt – verhandelt und wir stehen vollinhaltlich zu den Verhandlungsergebnissen und begrüßen auch die Einigung. Zu den zwei letzten Anträgen, betreffend die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr, darf ich feststellen, daß sie entgegen den bisherigen Gepflogenheiten nicht längere Zeit vorverhandelt wurden. Ich gebe allerdings zu, daß die Notwendigkeit der Anberaumung eines kurzfristigen Termines zur Beschlußfassung aus dem Sachverhalt sich ergeben hat. Ich darf auch festhalten und feststellen, daß meine Fraktion auch den beiden anderen auf Ehrenringträger-Antrag Bezogenen die Zustimmung geben wird, darf aber auch hier in diesem Raume namens meiner Fraktion, ich hoffe dann auch bei der entsprechenden Beschlußfassung die Zustimmung aller zu finden, deponieren, daß der Landessportreferent des Landes Oberösterreich ein wesentliches Maß dazu beigetragen hat, um die sportliche Aufwärtsentwicklung – sei es jetzt vom Bau der Sportstätten, aber auch von der Anzahl der dort aktiven Sporttreibenden – zu bewerkstelligen. Ich deponiere also hier auch namens meiner Fraktion, daß in absehbarer Zeit die Ehrung Landeshauptmann-Stellvertreters Possart in die Wege geleitet wird, entsprechend seinen Verdiensten um den Sport in der Stadt Steyr, der letztlich nicht nur als Sport zu sehen ist, sondern der eine kulturelle Bereicherung auch im gesamten Leben in unserer Stadt bedeutet. Ich bitte sie dann schon, wenn ihnen in absehbarer Zeit der Antrag vorliegt, ihre Zustimmung zu geben. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für den Beitrag. Wünscht noch jemand zu sprechen zu den Anträgen? Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrter Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Auch meine Fraktion stimmt der Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Landeshauptmann Dr. Ratzenböck, sowie an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl zu. Allerdings, das möchte ich deponieren, auf der Grundlage der letzten Fraktionsvereinbarung vom 12. Juni 1980. Weiters werde ich auch für die Verleihung des Ehrenringes an die Frau Bundesminister Dr. Hertha Firnberg stimmen, sowie für den Arbeiterkammerpräsidenten Josef Schmidl.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke, Kollege Tremml. Wünscht noch jemand zu sprechen zu diesen vier Anträgen? Ich sehe, das ist nicht der Fall und bitte daher den Herrn Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Geschätzter Gemeinderat, ich möchte nur ganz kurz noch abschließend Stellung nehmen. Der Amtsbericht allein genügt ja nicht; meine ergänzenden Ausführungen hoffe ich haben Sie überzeugt, daß diese Entscheidung keine sehr schwere sein kann. Zu dem Beitrag meines Kollegen Fritsch muß ich nur eines erwähnen. Hier ist eine völlig unübliche Vorgangsweise eingeschlagen worden, eine Sitzung aller Fraktionsvorsitzenden bei mir,

wo dieses Thema behandelt wurde, hat Übereinstimmung der Fraktionssprecher erzielt. Eine Woche später habe ich vom Kollegen Fritsch die Nachricht in der Präsidiumssitzung erhalten, daß hier auch Landeshauptmann-Stellvertreter Possart in die Ehrung miteinbezogen werden muß, zumal mit ihm seitens von der ÖVP-Fraktion schon gesprochen wurde, ob er den Ehrenring annehmen würde. Ich glaube, meine Damen und Herrn, wenn wir diese Art – gerade bei Verleihungen, die den Betreffenden immerhin Ausdruck einer besonderen Auszeichnung sein sollen.– künftig beibehalten, dann wird es gerade für den Gemeinderat in der Mehrheit sehr schwer sein, solche Anträge zu befolgen und andererseits sehr unangenehm für die Betreffenden, die dann auf diese Weise vertraut gemacht werden, was mit ihnen der Gemeinderat oder eine Minderheit des Gemeinderats vorhat. Ich glaube, so sollte man die Dinge nicht einleiten. Denn das könnte nur das Gegenteil bewirken von dem, wie es jeder, der eine Auszeichnung empfängt, persönlich wünschen könnte. Es könnte auch nicht im Interesse einer Fraktion liegen, die diese Vorgangsweise einschlägt. Zur Person Possart möchte ich mich heute nicht äußern, sie steht nicht zur Diskussion. Ich wollte nur aufzeigen, daß man gerade in der Vorgangsweise – Ehrungen sind sehr heikle Dinge – sich doch einen Weg zurechtlegt, der den Usancen entspricht.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für das Schlußwort. Meine Damen und Herren, wir wollen alle vier Anträge in einem diskutieren, es sind aber vier Anträge und es sind daher auch vier gesonderte Abstimmungen unbedingt erforderlich, um dem Statut gerecht zu werden. Wer dafür ist, daß Herr Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck die Ehrenbürgerschaft der Stadt Steyr verliehen erhält, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand gegen diesen Vorschlag, oder enthält sich jemand der Stimme? Nicht? Dann liegt ein einstimmiger Beschluß vor. Ich darf den selben Vorgang wiederholen für Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Rupert Hartl. Es handelt sich hier ebenfalls um die Verleihung der Ehrenbürgerschaft. Wer dafür ist, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand dagegen? Enthält sich jemand der Stimme? – Auch dieser Beschluß ist einstimmig gefaßt. Ich bitte sie nun um ein Zeichen mit der Hand, wenn sie dafür sind, daß wir Frau Bundesminister Dr. Hertha Firnberg den Ehrenring der Stadt Steyr überreichen sollen. Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltung. Auch hier liegt ein einstimmiger Beschluß vor. Bitte sie nun schließlich um die Zustimmung dem Präsidenten der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Josef Schmidl, ebenfalls den Ehrenring der Stadt Steyr zu verleihen. Danke. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke für diese Kundgebung und bitte nun Herrn Bürgermeister wieder den Vorsitz zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Ich darf ergänzen, daß gedacht ist an eine Ehrung, eine gemeinsame Ehrung vor dem Gemeinderat der beiden Herren Landeshauptleute beziehungsweise von Präsident Schmidl und an eine gesonderte Ehrung von Frau Bundesminister Firnberg. Die Termine werden ihnen noch zeitgerecht bekanntgegeben. Es hängt natürlich auch von der Zustimmung der zu Ehrenden ab. Wir schreiten in der Tagesordnung fort und es ist als nächstes am Wort Vizebürgermeister Schwarz.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe ihnen einen einzigen Antrag zur Beschlußfassung vorzulegen. Dazu möchte ich nur kurz anführen, daß für die ordnungsgemäße Verwaltung des Stadtsaales die Erlassung einer Tarifordnung und eines Mietvertrages notwendig ist. Dieser Mietvertrag und die Tarifordnung liegt jedem einzelnen Gemeinderat ja schriftlich auf und in Vorberatungen wurde Einvernehmen erzielt. Der Antrag lautet:

5) Pol – 5864/79

Stadtsaal Steyr; Tarifordnung und Mietvertrag

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Tarifordnung und dem Mietvertrag für den Stadtsaal Steyr wird in der in beiliegenden

Kopien ersichtlichen Form die Zustimmung erteilt.

Ich bitte Sie darum.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es irgendeine Wortmeldung? Das ist nicht so, dann frage ich, ob es einen Gegenantrag gibt. Nein? Stimmenthaltung wird auch nicht angezeigt. Der Antrag ist beschlossen. Danke. Nächster Berichterstatter Kollege Fritsch.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herrn, auch ich darf Ihnen nur einen Antrag vorlegen, der im Gegensatz zu dem von Kollegen Schwarz nicht Geld bringt, sondern Geld kostet. Er befaßt sich mit der Fassadenaktion aus dem Jahr 1980 und ist gegliedert in zwei Abschnitte, wo jene Vorhaben zu realisieren waren, welche bereits in die abgelaufene Saison 1979 einzubeziehen waren und erst jetzt fertiggestellt wurden, und der zweite Abschnitt ist der bewilligte Bereich in den äußeren Schutzbereichen der Stadt Steyr und ist von diesem Jahr aus noch zu finanzieren. Sie kennen alle die Situation aufgrund der vorliegenden Amtsberichte und ich bitte Sie, dem Antrag stattgeben zu wollen, der folgendermaßen lautet:

6) K - 15/80

Fassadenaktion 1980

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 23. 4. 1980 werden nachgenannte Liegenschaften in die laufende Fassadenaktion mit den jeweils angeführten Beträgen einbezogen.

1) Bau 5 - 3582/79	- Berggasse 55	S 19.467,83
2) Bau 5 - 5492/78	- Grünmarkt 2/Pfarrgasse 1	S 56.715,--
3) Bau 5 - 844/79	- Sierninger Straße 4	S 11.664,--
4) Bau 5 - 5245/78	- Haratzmüllerstraße 27	S 36.517,85
5) Bau 5 - 6941/78	- Wieserfeldplatz 22	S 19.552,67
6) Bau 5 - 4911/79	- Unterer Schiffweg 2	S 170.770,--
7) Bau 5 - 3580/79	- Enge Gasse 17/Hof- und Kaifassade	S 32.785,95
8) Bau 5 - 1549/79	- Sierninger Straße 47	S 76.656,--
9) Bau 5 - 6327/79	- Berggasse 25	S 25.500,--
10) Bau 5 - 5018/79	- Berggasse 32	S 54.971,20
11) Bau 5 - 6331/79	- Sierninger Straße 49	S 98.270,--
12) K - 5484/79	- Kapelle Quenghof	S 40.000,--
13) Bau 5 - 1844/78	- Enge Gasse 2/Berggasse 1	S 238.020,--
14) Bau 5 - 2139/80	- Stadtplatz 9 (Meditzhaus); Parapete I. OG- Stuckornamente	S 32.184,--
15) Bau 5 - 577/79	- Stadtplatz 38 - Hof	S 161.600,--
16) Bau 5 - 5076/79	- Grünmarkt 15	S 111.862,71
17) Bau 5 - 6170/79	- Grünmarkt 9 - Hof	S 34.840,--
18) Bau 5 - 2135/80	- Grünmarkt 16	S 3.635,97
19) Bau 5 - 2881/79	- Berggasse 34 und Promenade 25	S 50.016,26
20) Bau 5 - 6148/79	- Berggasse 36	S 22.800,--
21) Bau 5 - 3583/79	- Berggasse 40	S 21.960,--
22) Bau 5 - 2137/80	- Berggasse 12 und Promenade 7	S 132.900,--
23) Bau 5 - 805/76	- Stadtplatz 26 - Hof	S 50.713,48
24) Bau 5 - 2140/80	- Ölberggasse 8	S 141.822,--
25) Bau 5 - 6668/79	- Ölberggasse 5	S 64.217,40
26) Bau 5 - 126/76	- Sierninger Straße 16	S 34.207,--
27) Bau 5 - 7064/79	- Haratzmüllerstraße 32	S 23.194,47
28) Bau 5 - 5297/79	- Michaelerplatz 10	S 294.660,--
29) Bau 5 - 6488/79	- Gleinker Gasse 10	S 106.493,23
30) Bau 5 - 2138/80	- Gleinker Gasse 12	S 85.121,74

31) Bau 5 - 6488/79 - Gleinker Gasse 9	S 19.423,--
32) Bau 5 - 6554/79 - Gleinker Gasse 11	S 50.922,40
33) Bau 5 - 3590/79 - Gleinker Gasse 3	S 26.150,--
34) Bau 5 - 2143/80 - Schuhbodengasse 2	S 87.312,44
35) Bau 5 - 2141/80 - Kirchengasse 16 (Dunklhof); Stöckl und rückwärtige Arkaden	S 125.340,--
36) K - 1798/78 - Stadtplatz 16	S 38.865,--

Zu diesem Zweck wird der Betrag von S 1,905.000,-- (Schilling einmillionneunhundertfünftausend) bei VSt 5/3630/7780 freigegeben und bei der selben Voranschlagstelle eine Kreditüberschreitung von S 696.100,-- (Schilling sechshundertsechsunneunzigtausendeinhundert) bewilligt. (Gesamtkosten S 2,601.100,--). Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß §44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Für die Durchführung der diesjährigen Aktion wird beim Land Oberösterreich um eine Subvention von S 500.000,-- und beim Bund um eine solche von S 390.000,--angesucht.

Ich bitte Sie auch, im Antrag und bei Ihrer Beschlußfassung berücksichtigen zu wollen, daß es gerade die ins Leben gerufene Fassadenaktion war, die unsere Stadt jetzt, zur 1000-Jahr-Feier, so darstellt, wie sie sich aus der Historik her entwickelt hat. Ich bitte auch aus diesem Sinne, hier positiv entscheiden zu wollen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Gibt es zu diesem Antrag eine Bemerkung? Ich stelle fest, daß sich niemand meldet. Wir stimmen ab. Gibt es Gegenstimmen? Nein. Enthaltungen auch nicht. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Danke.

Wir kommen zum nächsten Berichterstatter. Ich bitte in Vertretung von Stadtrat Fürst Herrn Stadtrat Zöchling um den Vortrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING anstelle des abwesenden Stadtrates Fürst:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich darf Ihnen an Stelle unseres Stadtrates Fürst einige Anträge vorlegen und Sie bitten, sie zu genehmigen. Gleichzeitig bitte ich bei den ersten vier Anträgen zu beachten, daß der Magistrat wegen Dringlichkeit gemäß §44 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt wird.

Der erste Antrag lautet:

7) Wa - 5450/75

Reinholdungsverband Steyr und Umgebung;
Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr für das
Jahr 1979

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA.III vom 5. 5. 1980 wird als Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr zum Reinholdungsverband Steyr und Umgebung für das Rechnungsjahr 1979 der Betrag von S 1,000.000,-- (S eine Million) bei VSt 1/6210/7740 freigegeben und eine Kreditüberschreitung von S 353.300,-- (Schilling dreihundertdreißigtausenddreihundert) bei derselben Voranschlagstelle bewilligt.

Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß §44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte, den Antrag zu genehmigen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es eine Bemerkung zum Antrag? Wortmeldung sehe ich keine. Stimmen wir ab: Ist jemand dagegen? Nein. Enthaltungen auch nicht. Der Antrag ist beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der zweite Antrag lautet:

- 8) ÖAG - 5057/79 - Stadtwerke
Errichtung der Hochbehälterfülleitung
Münichholz
a) Tiefbauarbeiten

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Auftrag zur Errichtung der Hochbehälterfülleitung Münchenholz betreffend die Tiefbauarbeiten ist nach Maßgabe des umseitigen Amtsberichtes entweder der ARGE Hamberger/Beer & Janischofsky oder der Firma Asphalt und Beton innerhalb der Zuschlagsfrist zum 19. 6. 1980 zu erteilen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Einwände zu diesem Antrag? - Es werden keine vorgebracht. Dann stimmen wir ab: Gibt es Gegenstimmen? Nein? Enthaltungen auch nicht? Der Antrag ist angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Zu der gleichen Hochbehälterfülleitung liegt noch ein weiterer Antrag vor:

- 8) ÖAG - 5057/79 - Stadtwerke
Errichtung der Hochbehälterfülleitung
Münichholz
b) Lieferung der Rohre, Armaturen und Füllstücke

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 30. 5. 1980 werden die Aufträge zur Lieferung von Rohren, Armaturen und Formstücken im Zusammenhang mit der Errichtung der Hochbehälterfülleitung Münchenholz wie folgt vergeben: 1) Lieferung der Rohre und Formstücke: Firma VÖEST-Alpine; Rohstoffhandels-gesellschaft zum Preise von S 2.868.509,--. 2) Lieferung der Armaturen und sonstigen Formstücke: Firma Höller Eisen zum Preise von S 81.586,--.

Die Deckung der Mittel hat aus dem bei der Länderbank laufenden Kontokorrentkredit zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Einwände sehe ich keine, somit stimmen wir ab: Gegenstimmen zeigt niemand an, auch keine Enthaltungen. Der Antrag ist beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der nächste Antrag lautet:

- 9) Pers - 268/80
Personalvertretung des Magistrates Steyr;
Subvention

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Über Antrag der Personalvertretung beim Magistrat der Stadt Steyr wird dieser für das Jahr 1980 eine Subvention in Höhe von S 345.000,-- (Schilling dreihundertfünfundvierzigtausend) gewährt. Dieser Betrag wird bei VSt 1/0940/7570 freigegeben.

Aufgrund der vom Gemeinderat der Stadt Steyr verfügten 20%igen Kreditsperre gelangt vorerst ein Betrag von S 276.000,-- (Schilling zweihundertsechundsiebzigtausend) zur Auszahlung. Die Anweisung des Restbetrages kann erst nach einer allfälligen Auf-

hebung der Kreditsperre erfolgen.

Über die widmungsgemäße Verwendung ist nach Ablauf des Jahres zu berichten.

Der Bericht über die Verwendung der Subvention für das Jahr 1979 vom 28. 3. 1980 wird hiemit zur Kenntnis genommen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Einwände oder Bemerkungen dazu? Nein? Es wird abgestimmt: Gibt es gegenteilige Meinungen? – Es werden keine aufgezeigt. Enthaltungen auch nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der nächste Antrag lautet:

10) Ha – 2420/80

Rotes Kreuz Steyr; Jahressubvention 1980

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Unter Zugrundelegung einer Kopfquote von S 10,-- pro Einwohner und einer Einwohnerzahl von rund 40.600 wird dem österreichischen Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr Stadt, für das Jahr 1980 eine Subvention in Höhe von S 406.000,-- (Schilling vierhundertsechstausend) gewährt und dieser Betrag bei VSt 1/5300/7570 freigegeben.

Die Subvention ist in zwei Halbjahrsraten in Höhe von jeweils S 203.000,-- zur Auszahlung zu bringen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Punkt einen Beitrag? Nicht? Dann wird der Antrag dankend entgegengenommen, dem Roten Kreuz 406.000 Schilling zu widmen. Gegenstimmen? Es gibt keine; auch keine Enthaltungen. Auch dieser Antrag wird einhellig gebilligt.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der letzte Antrag – ohne Dringlichkeit – lautet:

11) Ha – 2694/80

Aufnahme eines Darlehens von S 25.000.000,--

bei der österreichischen Kommunalkredit-AG Wien

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Aufnahme des KommunalDarlehens von S 25.000.000,-- zu einem Zinssatz von 7% p.a. und einer Laufzeit von 20 Jahren bei der österreichischen Kommunalkredit Aktiengesellschaft in Wien wird zugestimmt. Die Sicherstellung erfolgt durch Verpfändung der Ertragsanteile der Stadt an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben.

Die Festlegung der übrigen Darlehensbedingungen anlässlich der Unterfertigung der Schuldurkunde bleibt der Magistratsdirektion vorbehalten.

Ich bitte um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dieser Antrag wurde damit berichtet und gestellt. Einwände gibt es keine. Der Beschluß erfolgt mit Zustimmung aller; kein Einwand, keine Gegenstimme. Einstimmig angenommen. Danke. Nächster Berichterstatter Kollege Kinzelhofer.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe Ihnen drei Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorzulegen.

Der erste Antrag betrifft:

12) ÖAG – 2242/80 Stadtwerke

Stadtwerke – Teilbetriebe städtische Bäder
und Kunsteisbahn; Verlustersatz 1979

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Antrages der Stadtwerke vom 14. 4. 1980 wird entsprechend dem Amtsbericht des Kontrollamtes vom 18. 4. 1980 als Verlustersatz für die Teilbetriebe städtische Bäder und Kunsteisbahn der Stadtwerke der Betrag von S 2,300.000,-- (Schilling zweimillionendrehunderttausend) bei VSt 1/8790/7590 freigegeben und ein weiterer Betrag von S 1,639.400,-- (Schilling einmillionsechshundertneunddreißigtausendvierhundert) bei derselben Voranschlagstelle als Kreditüberschreitung bewilligt.

Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche, diesen Antrag der Stadtwerke zu genehmigen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wird zu diesem Punkt ein Beitrag gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Einwände gibt es keine; Enthaltungen werden auch nicht vermerkt. Somit ist der Antrag einstimmig beschlossen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft:

13) ÖAG – 7312/79 Stadtwerke

Erdgasabgabepreis; Neufestsetzung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der Stadtwerke vom 20. 5. 1980 wird der Tarif für den Bezug von Erdgas mit Wirkung vom 1. 7. 1980 wie folgt neu bestimmt:

1,00 Haushalt S/KWh

1,10 Kochzwecke, WW-Bereitung 0,448

1,11 1,10 + Raumheizöfen 0,387

1,12 1,10 + Zentralheizung 0,383

2,00 Gewerbe

2,10 0 – 11.000 KWh 0,447

2,11 11.001 – 27.600 KWh 0,429

2,12 27.601 – 66.300 KWh 0,411

2,13 66.301 – 132.600 KWh 0,392

2,14 132.601 – 276.200 KWh 0,382

2,15 276.201 – 552.400 KWh 0,359

3,00 Großabnehmer

3,10 552.401 – 1,100.000 KWh 0,332

3,11 1,100.001 – 6,630.000 KWh 0,284

3,12 6,630.001 – 16,600.000 KWh 0,245

3,13 16,600.001 und darüber 0,193

Zählermieten

Zählergröße bis 17 KW S 10,--

50 KW S 16,--

133 KW S 24,--

166 KW S 32,--

254 KW S 44,--

331 KW S 52,--

552 kW	S 90,--
1.105 kW	S 150,--
4.420 kW	S 280,--
8.840 kW	S 450,--
11.050 kW	S 800,--

Alle Preise beinhalten die gesetzliche Umsatzsteuer von 8%. Alle bisherigen Tarifregelungen treten hiemit außer Kraft.

Ich bitte Sie, Ihre Zustimmung zu geben und bitte den Herrn Bürgermeister, die Diskussion zu eröffnen, beziehungsweise abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Ich sehe eine Wortmeldung vom Kollegen Fritsch. Gibt es noch eine weitere Wortmeldung zu registrieren? Keine? – Kollege Tremel. Im übrigen darf ich mitteilen, daß wir heute gemäß § 19 unseres Statutes sachkundige Beamte in dieser Frage beigezogen haben. Wenn erforderlich, wird einem der beiden Herren das Wort zur Aufklärung erteilt werden. Zunächst einmal Kollege Fritsch.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich bin der tiefen Überzeugung, daß der vorgelegte Antrag bei Ihnen allen – quer durch die einzelnen Fraktionen laufend – keine große Freude auslöst. Es ist bei jedem Antrag der Tarife reguliert – und Regulierungen können ja grundsätzlich nur nach oben erfolgen – so, daß, wie es der österreichische Brauch auf diesem Gebiete ist, Zustimmungen nicht freudig gegeben werden. Eines steht aber sicherlich fest, und das ist die Meinung meiner Fraktion zu dem vorliegenden Antrag. Es sind dies Gründe, die zur Tarifierhöhung führten, die nicht in unserem ureigensten Bereich liegen. Daß also die Einstandspreise des Erdgases – für uns gesehen – durch Einflüsse von außerhalb so gestiegen sind, wir dafür die entsprechenden Kosten zu erbringen haben und sicherlich die Kosten umzuschlagen sein werden auf die Bezieher und auf die Abnehmer des Erdgases. Diese Maßnahme heute, die hier beschlossen werden wird – und, das darf ich vorausschicken, mit der Zustimmung meiner Fraktion –, zwingt allerdings zu weiteren Schlußfolgerungen. Es ist heute die Zeit der Energieknappheit gekommen, es ist eine Zeit, in der die Energiepreise uns letztlich davonlaufen, wir also gezwungen sind, geeignete Maßnahmen zu setzen, um diese Positionen doch einigermaßen im Griff zu haben. Daher gestatte ich mir auch, Ihnen einige Vorschläge zu unterbreiten, die sicherlich nicht hier im Gemeinderat gelöst werden können, aber vorwiegend in der angeschlossenen GWG, also dem Hauptwohnträger der Stadt Steyr. Ich glaube, es ist die unabdingbare Notwendigkeit – und dabei beziehe ich mich auf die älteren Bauten, die Fernwärme beziehen, und nicht auf die neuen, wo es ja gesetzlich auferlegt ist, daß man in allen jenen Abnahmebereichen daran gehen wird müssen, eine individuelle Heizkostenabrechnung vorzunehmen, durch den Einbau von Wärmemessern, Kalorimetern auf Verdunstungsbasis, usw. Ich möchte da jetzt keine Einwände geben, die ich dort oder da für diese Geräte gehört habe, die sich unter Umständen mit der Ehrlichkeit der Mieter beschäftigt haben. Diese Dinge, glaube ich, stehen außerhalb der Debatte. Aber, wenn wir daran denken, daß durch den Einbau dieser Heizkostenmesser es möglich sein wird, erstens Energie individuell durch die Regulierung der Heizung und der Zimmertemperatur in den einzelnen Wohnungen zu schaffen, wenn es gleichzeitig möglich sein wird, dadurch auch nicht nur Energiemengen zu senken, sondern auch den Betriebskostenpreis zu senken, so wird es im Interesse jedes einzelnen Mieters liegen, wie weit er mit diesen Kosten dann das Auslangen findet. Die zweite Möglichkeit, die sich aber dabei bietet, nicht nur Energie – beziehungsweise auch Kostenersparnis finanzieller Art, ist einzubeziehen in die Überlegung, bei der Errichtung unserer gemeindeeigenen Wohnbauten auf eine noch wesentlich bessere Wärmedämmung das Augenmerk zu richten. Denn wir wissen alle – und es ist ein physikalisches Gesetz –, daß durch eine entsprechende Isolierung, sprich Wärmedämmung, eine Reduktion der Heizkostenanteile auf dem Energie- und auch auf dem Finanzsektor gewährleistet ist. Es ist dies eine Problematik, die nicht von heute auf

morgen lösbar ist und, nur in Bezug auf Wärmedämmung gesehen, ja auch nur möglich sein wird in unseren Neubauten, aber, was wir dazu beitragen können, ist nun, bei den Beziehern der Fernwärme in den älteren Einheiten durch eine individuelle Heizkostensparnis uns, und damit letztlich auch der Gesamtheit, einen gewissen Dienst zu erweisen. Und damit bedingt ist aber auch die Reduktion und damit das Auffangen dieser sicherlich nicht geringen Preiserhöhung wahrscheinlich gegeben. Es ist nicht im Interesse des Gemeinderates alleine gelegen, es ist im Interesse der Mieter und es ist im Interesse eigentlich aller Bewohner unseres Staates gelegen, energiesparendes Denken wirklich bewußt in Anwendung zu bringen. Und hier ist nun bereits ein Fall, wo es in die Tat umgesetzt werden könnte und ich bitte auch darum, es zu bewerkstelligen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Als nächster Beitragsredner Gemeinderat Treml, anschließend dann Vizebürgermeister Schwarz.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Es vergeht ja nun in diesem Jahr 1980 kaum ein Monat, noch eine Woche, wo nicht allgemeine Tarifbeziehungsweise Preiserhöhungen durchgeführt werden und die Teuerungsrate heute ja schon auf über 6%, im vorigen Monat genau 6,4%, gestiegen ist. Und es vergeht auch keine Gemeinderatssitzung in diesem Jahr 1980, in der nicht gewaltige Tarif- bzw. Gebührenerhöhungen durchgeführt werden, in einem Ausmaß, das weit im Gegensatz zu dem steht, was versucht wird, seitens der Gewerkschaften oder Betriebsräte, nämlich an Lohn- und Gehaltserhöhungen, herauszuholen. Wenn Sie vergleichen: Es sitzen genügend Betriebsräte unter uns, die wissen, daß sie den Auftrag haben, auf keinen Fall höhere Lohnforderungen durchzusetzen, bzw. keine höheren als 5 - 6%. Und wenn man die Steuerprogression und andere Umstände noch miteinbezieht, so bleibt ja meist netto nur etwas über 4%; Das heißt, daß ein echter Reallohnverlust oder -gehaltsverlust in diesem Jahr für die breite Masse der Werktätigen eingetreten ist. Nun liegt uns ein Antrag vor: Im Durchschnitt soll der Erdgaspreis um 36% - wie es im Amtsbericht heißt - angehoben werden, das heißt, je nach den einzelnen Tarifgruppen zwischen 15,5% und fast 70%, genau gesagt: 69,5%. Gleichzeitig wird auch die Zählermiete, je nach Zählergröße, um 33 bis 100% erhöht. Auch hier zeigt sich wieder, daß gerade der Schwächere der Bevölkerung die 100% zu tragen hat. Und hier verstehe ich auch nicht ganz meinen Vorredner, Herrn Kollegen Fritsch, wenn er sagt: "Na bitte. Meine Fraktion, die ÖVP, muß zwangsläufig diesen Erhöhungen zustimmen, da sie von uns ja nicht beeinflussbar sind." Also ich glaube kaum, daß die 100%ige Erhöhung der Zählermiete zurückzuführen ist auf irgendwelche ausländische Umstände oder multinationale Konzerne, sondern - und da kann man ja nachschauen - den Anschaffungspreis, wir haben ja viele neu angeschafft, überprüft, geeicht usw., und zwar im Jahre 1974. Mir jedenfalls erscheint es wesentlich zu hoch. Auch glaube ich nicht, daß es von uns nicht beeinflussbar wäre. Von dieser Preiserhöhung, meine Damen und Herren, sind Tausende Steyrer Haushalte betroffen; rund 4000 Familien, die mit Erdgas kochen, müssen 45 Groschen pro Kilowattstunde, also 26,5%, mehr bezahlen. 320 Haushalte mit Raumheizöfen werden um 36,2% mehr zahlen müssen. Und, schließlich, für Haushalte mit Zentralheizung wird der Gaspreis sogar um 69,4% erhöht. Dazu, meine Damen und Herren, kommen ja noch alle Mieter auf der Ennsleite und im Wohngebiet Tabor, also zusammen rund 2.800, die von den zwei Fernheizwerken mit Wärme versorgt werden. Sie werden pro Kilowattstunde um 15,5% mehr zu entrichten haben ab 1. Juli. Begründet wird diese enorme Gaspreiserhöhung mit der Verteuerung der allgemeinen Energieimporte und der Einstandspreiserhöhung seitens der privaten österreichischen Ferngasversorgungsgesellschaft. Allgemein hört man immer wieder: Ja, die verdammten Araber. Manchmal fällt auch die Sowjetunion mit herein; die Ölscheichs sind schuld daran, daß Benzin, Dieseltreibstoff, Heizöl und -gas bei uns so teuer werden. Man verschweigt aber ganz gerne, daß die erdölproduzierenden Länder nur einen Bruchteil des Erlöses aus dem Erdölgeschäft bekommen. Den Großteil, meine Damen und Herren, kassieren nach wie vor die Mineralölfirmen, die "Multis", dies zeigen ja

bekanntlich ihre Bilanzen des Jahres 1979, die ja jedem zur Verfügung stehen, so auch der SHELL-Austria, und beglückt ja ihre Aktionäre mit einer satten Dividende von 15 %, ja manchmal noch mehr. Mit einer Kostenbeteiligung von mehr als 50 % des Endpreises ist ja, meine Damen und Herren, auch Genosse und SP-Finanzminister Hannes Androsch sozusagen eigentlich der größte Ölscheich Österreichs. Österreich deckt 44 % des Erdgasbedarfs aus eigener Förderung, dennoch versucht man, Erdöl und Erdgas gleichzustellen und treibt damit den Gaspreis in diese schwindelnden Höhen. Dazu kommt, daß der Großteil des Erdgases, das in unserem Bundesland, in Oberösterreich, im Jahr verbraucht wird, aus unserem Bundesland selbst stammt. Nämlich aus den Sonden der ausländischen Rohölaufsuchungsgesellschaft und auch der ÖMV. Meine Damen und Herren, vielleicht doch einige Zahlen, die im Amtsbericht nicht so deutlich aufscheinen, und mit diesen ganzen Umrechnungen von Umstellung des Stadtgases auf Erdgas und jetzt neuerdings die Umrechnung auf Kilowattstunden, verwirrt ja meistens auch die Gemeinderäte, die nicht so fachkundig sind wie unser Kollege Wein. Nun, die RAG liefert jährlich 900 Millionen Kubikmeter Erdgas an die oberösterreichische Ferngasversorgungsgesellschaft für einen Preis, der etwa um einen Schilling gestanden ist. Ich möchte nur gleichzeitig noch vermerken, auch als Begründung für meine Behauptung, daß ein Großteil dessen, was wir verbrauchen, aus Oberösterreich stammt, daß insgesamt im Jahre 1978 jährlich 1,3 Milliarden Kubikmeter verkauft wurden und selbst von der RAG 900 Millionen Kubikmeter Gas an die Ferngasgesellschaft geliefert wurden. Es ist interessant, daß gerade jetzt, wo man in der ganzen Welt nach Energie schreit, wo man Probleme hat und jeder nach einer Lösungsmöglichkeit derselben sucht, daß die eigene Förderung der RAG wesentlich gedrosselt wurde. Also man fördert nicht mehr 900 Millionen Kubikmeter Erdgas, nicht, weil es nicht vorhanden wäre, sondern, weil sie gute Verträge haben – vor allem mit der Sowjetunion – und noch vom Ausland billigeres Gas hereinbekommen und so ihre Förderung von Erdgas gedrosselt haben. Auf den neuesten Stand gebracht schaut das so aus, daß man nicht mehr 900 Millionen Kubikmeter fördert, sondern gedrosselt hat auf 350, also fast abgesenkt auf ein Drittel, um dementsprechend Preispolitik zu machen.

Nun wieder zum konkreten Beispiel zurück. Die oö. Ferngasgesellschaft verkauft jetzt um einen erhöhten Preis – pro Kubikmeter 1,55 S bis 1,65 S. Die oberöst. Ferngasgesellschaft verkauft den Kubikmeter an die Stadtwerke der Stadt Steyr zu einem Preis von 1,83 Schilling, ja sogar bis 1,90 Schilling. Und schließlich, der Gaskonsument unserer Stadt bezahlt, wenn Sie nun die Preiserhöhung in diesem Ausmaß beschließen, ab 1. Juli 1980 einen Durchschnittswert von über 2 Schilling, konkret möchte ich hier dem Gemeinderat sagen, daß sich dieser Preis von 2,13 Schilling bis 4,95 Schilling bewegt. Ich möchte also noch einmal in Erinnerung rufen, daß die oberösterreichische Ferngasgesellschaft uns das Gas um 1,83 – 1,90 Schilling gibt, und daß wir, je nach Tarifstaffelung, vom Konsumenten bis zu 4,95 Schilling pro Kubikmeter verlangen. Ich habe mir die Mühe gemacht, diese Kubikmeter umzurechnen, weil es sonst sehr schwer ist, hier Vergleiche einfach und klar darzustellen. Wenn Sie wollen, möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen, daß das Stadtgas noch damals, im Jahre 1972, für den Haushaltsgebrauch, also für das Kochen usw., ganze 1,75 Schilling betrug. Nun, meine Damen und Herren, möchte ich trotzdem, weil es notwendig ist, noch auf etwas konkret eingehen, nämlich auf den Amtsbericht, um Ihnen vielleicht anhand von einigen Beispielen und Zahlen plausibel zu machen, wie die Sache aussieht. Auf Seite drei – sie haben den Bericht ja bei der Hand, können sich also zusätzliche Bemerkungen machen – Position eins, die Erdgaserhöhung, sieht so aus, daß bis jetzt verlangt wurde, für Kochzwecke und Warmwasserbereitung, pro Kubikmeter 3,91 Schilling. Nun, ab 1. Juli 1980, werden 4,95 Schilling verlangt. Für Raumheizung betrug bis jetzt der Tarif 3,13 Schilling und soll steigen auf 4,28 Schilling. Bei der Zentralheizung ist es so, daß bis jetzt im Verhältnis zu den anderen Beträgen, ein relativ geringer Preis verlangt wurde, nämlich 2,49 Schilling und nun aber hier die höchste Steigerung, also die 70 %, auf einen Preis von 4,10 Schilling erfolgen soll. Die Fernheizwerke Tabor/Ennsleite haben insgesamt – wie es in der Mitte dann beschrieben wird – an Heizungskosten bisher 1,84 Schilling pro Kubikmeter Gas bezahlt und sollen in Zukunft 2,13 Schilling bezahlen. Hier habe ich diese konkreten Zahlen angeführt, um Ihnen zu zeigen, daß nicht nur andere schuld sind, sondern auch wir bei der Preisgestaltung wesentlich

mitmischen. Jeder einzelne Gemeinderat oder Betriebsrat kann sich vorstellen, daß in den letzten Jahren doch Energie teurer geworden ist, aber unser Gaswerk weitgehend sehr gut geführt wurde und finanziell, laut Rechnungsabschluß der letzten Jahre – nicht nur des letzten – diese allgemeine Energieverteuerung recht gut überstanden hat. Das heißt, daß Sie auch damals – gegen meine Stimme – einen wesentlich höheren Gaspreis beschlossen haben, als nötig gewesen wäre, und man so bis heute durchgekommen ist. Ich habe aber auch schon beim Vertragsabschluß mit der oberösterreichischen Ferngasgesellschaft vor vielen Jahren die Indexklausel kritisiert, die auch den Benzinpreis einbindet, ich habe sie als unmoralisch bezeichnet, weil sie den Gesellschaftern hohe Extraprofite auf Kosten der Konsumenten sichert, wie wir jetzt ja anhand einer Reihe von Beispielen sehen können. Anstatt sich nun laufend den Kopf zu zerbrechen, wie man die Bevölkerung am besten schröpfen kann, hätte sich auch der Steyrer Gemeinderat – auch die Mehrheitspartei – dafür einsetzen müssen, daß die ausländische RAG, die Rohölaufsuchungsgesellschaft, endlich verstaatlicht wird. Es gibt Beschlüsse der Arbeiterkammer und auch meiner Partei, um die in Österreich vorhandenen Erdöl- und Erdgasreserven sinnvoll für unser Land zu nutzen und um zu verhindern, daß der jährliche rund 500 Millionen-Profit dieser Gesellschaft ins Ausland transferiert wird. In diesem Sinne werde ich gegen die beantragte Erhöhung des Erdgaspreises und auch der Zählermieten stimmen. Wenn Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, einbezogen natürlich auch die anwesenden führenden Betriebsräte, diesem Tarifantrag zustimmen, belasten Sie die Steyrer Bevölkerung, vor allem den unteren Kreis, allein im Jahre 1980 – also in diesem Jahr noch – mit rund 2,2 Millionen Schilling. Nun, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir auch noch einige Bemerkungen zu einem aktuellen Problem im Zusammenhang mit dieser Gaspreiserhöhung. Bekanntlich – man konnte es aus den letzten Aussagen des Herrn Finanzministers hören – will er ja die Besteuerung auch des Gases und des Stromes einführen. Um fehlende Budgetmittel – er spricht hier von 15 Milliarden – aufzubringen, will er zusätzlich 10 % Mehrwertsteuer auf Gas und Strom, das bedeutet, er will, da wir um etwa 30 Milliarden Energie importieren, dem Volk auf diese Art rund 3 Milliarden herausreißen. Der gesamte Gemeinderat müßte heute gegen diese geplante, unsoziale höhere Steuer entschieden protestieren. Die von Androsch anvisierte steuerliche Verteuerung von Strom und Gas und anderer Energieträger, wäre meiner Meinung nach eine weitere schwere Belastung der kleinen Einkommensbezieher. Die Mehrwertsteuer hieß es einmal, sei keine Mehrsteuer. Ich bezeichne sie als Massensteuer. Sie ist eine der unsozialsten Steuern in Österreich überhaupt, weil sie von allen im gleichen Maß entrichtet werden muß. Wird sie, wie Androsch empfiehlt, erhöht, noch dazu auf so wichtigen Bedarfsgütern wie Gas und Strom, so trifft sie die kleinen Leute unverhältnismäßig stärker als jene, die sich einen Swimming-pool leisten können, wie dies ja Bundeskanzler Kreisky kürzlich bemerkte. Wenn nun Kanzlerworte noch Geltung haben, und ich glaube das auch in Steyr, dürfte es also eine derartige zusätzliche Besteuerung nicht geben, und die SP-Mehrheit in diesem Hause – darunter auch die Betriebsräte – wird sich sicherlich nicht scheuen, sich heute offiziell gegen die geplante Mehrwertsteuererhöhung für Energie auszusprechen. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Als nächster Redner Kollege Schwarz.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich glaube, man muß die Dinge, wenn ich gleich auf den Kollegen Tremml eingehen darf, doch in Zusammenhang sehen. Im vorhergehenden Akt haben wir beschlossen, den Verlustersatz für 1979 für die städtischen Bäder und die Kunsteisbahn im Ausmaß von 3,9 Millionen Schilling – also rund 4 Millionen – zu gewähren. Und so gäbe es viele Beispiele. Es ist typisch, daß über den vorher beschlossenen Verlustersatz in einer enormen Höhe nicht diskutiert wurde, sondern nur über diese notwendige Regulierung, die einfach erforderlich ist, um auch in Zukunft unseren Aufgaben gerecht werden zu können. Wenn wir den Empfehlungen des Kollegen Tremml nachkommen würden, könnten wir unsere kommunalen Belange, die wir im Sinne der Bevölkerung zu treffen haben, schon lange nicht mehr durchführen, denn da hätte es seit 1945 keine Preiserhöhung gegeben. So sieht nun also die Situation aus. Ich glaube, daß man immer die

Zusammenhänge sehen muß, wir haben ja auch die Regulierung der Bäderpreise aufgrund dieser Situation vornehmen müssen, aber 25 % dieses Verlustes betreffen die Verteuerungen auf dem Energiesektor. Das muß man also hier in diesem Zusammenhang auch sehen und ich glaube auch, darauf hinweisen. Diese Regulierungen dienen keineswegs dazu, kostendeckend arbeiten zu können, sondern sie dienen lediglich dazu, eine Stabilisierung des Abganges, des Defizites, herbeizuführen, damit die Abgänge nicht noch größer werden und wir nur mehr Zuschüsse leisten. Zum zweiten Problem, das der Kollege Fritsch angeschnitten hat, möchte ich auch kurz einige Bemerkungen machen. Ich war nämlich gerade am Vormittag bei einer Tagung und habe dort einen Vortrag über diese Wärmezähler gehört. Ich bin grundsätzlich nicht dagegen, das möchte ich ausdrücklich sagen, aber es gibt viele technische Probleme in diesem Zusammenhang, es gibt aber auch soziale Probleme und wir müssen diese Dinge daher sehr genau prüfen. Gerade bei den älteren Bauten, die bereits mit Fernwärme versorgt sind, ist zu beachten, daß viele dieser Bauten – nicht nur in Steyr, sondern allgemein – als Wärmeeinheit zu betrachten sind und nicht die Wohnung als Wärmeeinheit zu betrachten ist. Das heißt, daß die Wärme, die in dieses Haus geliefert wird, doch weitgehend dazu dient, das gesamte Haus entsprechend zu versorgen und zu beheizen. Die Decken, die verschiedenen Isolierungen wurden früher nicht in dem Maße gebaut, wie das heute bereits vorgeschrieben ist, sogar pro Wohnung vorgeschrieben ist. Ich darf sagen, daß wir zum Beispiel im Resthof die Wärmeschutzgruppe vier jetzt vorgeschrieben haben und damit natürlich eine wesentliche Verbesserung für die einzelnen Wohneinheiten aufgetreten ist. Beim Einbau von Wärmezählern tritt die Situation ein, daß manche – und im besonderen sind es Familien mit mehreren Kindern, die die Wohnung nicht zu oft verlassen, weil sie eben daheim sein müssen, gegenüber Mietern, die aufgrund ihres Berufes alleinstehend sind etc. und so kaum zu Hause sind – daß also diese mit ihrer Wohnung Teile des Hauses mitheizen. Sie würden hier sozusagen zum Handkuß kommen, obwohl sie an sich schon sozial benachteiligt sind. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß jener, der ohnehin eine ungünstige Wohnlage hat, also eine Nordlage, oder im Obergeschoß wohnt, oder im Erdgeschoß wohnt, überdurchschnittlich mehr Energie verbraucht, und aufgrund dieser Lage, die ja schon ein Nachteil ist, noch zusätzlich belastet wird. Ich glaube, man muß sich bei diesen subjektiven Wärmemessungen hier etwas einfallen lassen, damit ein gerechter Preis herauskommt und nicht direkt der unmittelbare Verbrauch der Wärme jedem einzelnen hier in Rechnung gestellt wird. Das bitte ich bei den Beratungen zu bedenken, über dieses Problem, das sicherlich technisch, und, das möchte ich abschließend sagen, auch sozial noch viele Probleme mit sich bringt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wortmeldungen habe ich keine mehr vorgemerkt, somit kommen wir zum Schlußwort des Referenten.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Werte Damen und Herren. Der Kollege Schwarz hat ja bereits einiges ausgeführt, ich möchte nur dem Kollegen Treml sagen, wir auch keine Freude haben bei solchen Regulierungen und das beweist es auch, denn wir haben – und aus dem Amtsbericht, den Du ja auch gelesen hast, ist dies ersichtlich – im Jahre 1975 erhöht, aber bereits 1978 einen ersten Abgang zu verzeichnen hatten. Auch im Jahre 1979. Und trotzdem hat man versucht, über die Strecke zu kommen. Aber jetzt ist eben die Möglichkeit nicht mehr vorhanden und wir können das nicht beeinflussen, wenn der Einstandspreis in dieser Höhe angesetzt wird. Ich möchte mich nur fragen, was Du sagen würdest, Kollege Treml, wenn die Stadtwerke oder das Gaswerk mit Darlehen, die sie aufnehmen müßten, diesen Preisturz abfangen würden. Da möchte ich Dich nicht hören. Wir haben ja nicht erwartet, daß Du zustimmst. Kollege Schwarz hat es ja gesagt, es hat bis jetzt noch keine Möglichkeit von Dir gegeben, einer Regulierung, und wenn sie auch noch so notwendig ist, zuzustimmen. Und die Regulierung ist ja so gehalten, und es ist ja auch bekannt, daß die Neufestsetzung der Preise mit 1. August hier nicht beinhaltet ist. Aber, Herr Kollege Treml, zum Stadtgas oder Spaltgas möchte ich sagen, daß es nur den halben Heizwert hatte im Vergleich zum Erdgas. Also, wenn es den vollen Heizwert hätte, würde es auch 3,50 S kosten. Das muß man dabei

auch berücksichtigen. Das nächste, der Index, scheidet aus, gibt es nicht mehr, obwohl du immer wieder darauf abzielst, denn das Erdgas und die Erdgaskosten müssen beim Preisbeirat beim Ministerium bzw. der Landesregierung behandelt und beantragt werden. Zu den Zählern, Kollege Treml, die sind zum letzten Mal – soweit ich mich erinnern kann – im Jahre 1964 reguliert worden. Man hat das immer hinausgezogen und sicher, wenn ich mit Prozenten arbeite, wenn ich sage, es gab seit 1964 keine Regulierung, aber jetzt kostet es statt 5 Schilling 10 Schilling.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das ist eine falsche Information. Du bist um 10 Jahre daneben, das war 1974!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Herr Ingenieur Wein wird inzwischen nachschlagen und dann die Ergänzung bringen.

ING. WOLFGANG WEIN:

Seit 1967!

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Bitte, meine Damen und Herren, ich ersuche nun, abstimmen zu lassen und bitte jetzt um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben die Diskussionen und das Schlußwort gehört. Wir kommen zur Abstimmung: Wer stimmt gegen den Antrag? – Eine Stimme dagegen. Enthaltungen? – Keine. Der Antrag ist mit Mehrheit beschlossen. Nun der nächste Punkt bitte. (1 Gegenstimme – KPÖ-Fraktion)

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der letzte Antrag betrifft:

14) Ha – 4295/79

Mittel aus der Nahverkehrsförderung; Kostenersatz
an die Stadtwerke

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 30. Mai 1980 wird als Kostenersatz an die Stadtwerke der Betrag von S 2.000.000,-- (Schilling zweimillionen) bei VSt 1/8790/7590 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß §44 Abs. 5 des Stadtstatutes zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche auch hier um Ihre Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Gibt es dazu eine Wortmeldung? – Ich stelle fest, daß es nicht so ist. Wir stimmen ab: Ist jemand dagegen? – Nein. Enthaltungen werden auch nicht angezeigt. Der Antrag ist damit einstimmig angenommen. Danke dem Berichterstatter. Als nächster Kollege Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich darf Ihnen einige Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorlegen.

Der erste Antrag lautet:

15) Bau 5 – 5869/79

Errichtung von WC-Anlagen in Zwischenbrücken

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 31. 3. 1980 wird zur Errichtung von WC-Anlagen im Haus Zwischenbrücken Nr. 2 eine Kreditübertragung von S 500.000,-- (Schilling fünfhunderttausend) bei VSt 5/8120/0100 bewilligt.

Die Deckung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Die entsprechenden Aufträge werden wie folgt vergeben:

- 1) Baumeisterarbeiten: Firma Jansky zum Preise von S 267.940,80,--
 - 2) Sanitäre Installation: Firma Obermayr & Madl zum Preise von S 61.022,08,--
 - 3) Elektroinstallationsarbeiten: Firma Mitterhuemer zum Preise von S 38.353,--
 - 4) Wand- und Bodenfliesenarbeiten: Firma Kittinger zum Preise von S 93.989,--
- Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Wortmeldungen dazu ? – Es wird keine angezeigt. Somit stimmen wir ab: Gegenstimmen werden auch nicht vermerkt. Enthaltungen ebenso nicht. Der Antrag ist damit einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag betrifft:

17) Bau 6 – 432/73

Kanalbau Waldrandsiedlung; Ergänzung der
GR.-Beschlüsse vom 23. 9. 1976 und 10.
5. 1979

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit den GR.-Beschlüssen vom 23. 9. 1976 und 10. 5. 1979 unter obiger Zahl wurde der Auftrag für den Kanalbau Waldrandsiedlung einschließlich der Instandsetzung der Siedlungsstraßen an die ARGE Ferro- Betonit-Werke Linz und Schallinger & Co, Wien, zum Gesamtpreis von S 12,241.463,-- (Schilling zwölfmillionenzweihunderteinundvierzigtausendvierhundertdreihundsechzig 00/100) übertragen. Entsprechend dem Amtsbericht der MA. III vom 19. 5. 1980 wird einer Kostenüberschreitung um S 155.957,-- (Schilling einhundertfünfundfünfzigtausendneunhundsiebenundfünfzig 00/100) nachträglich zugestimmt. Zur Endabwicklung wird für das laufende Rechnungsjahr der Betrag von S 400.000,-- (Schilling vierhunderttausend 00/100) bei VA-St. 5/8110/0505 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 600.000,-- (Schilling sechshunderttausend 00/100) bei derselben Haushaltsstelle bewilligt.

Die Kreditüberschreitung ist durch Darlehensaufnahme zu decken.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Wünscht jemand zu sprechen? – Dem ist nicht so.

Wir stimmen ab: Wer ist gegen den Antrag? – Niemand. Enthaltungen? – Gibt es auch keine.

Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ich sehe gerade, daß ich einen Akt überblättert habe und bitte Sie vielmals um Entschuldigung.

Der Antrag lautet:

16) Bau 5 – 4160/77

Umbau des alten Stadttheaters; Bewilligung
von Mitteln

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 20. 5. 1980 wird für den Umbau des alten Stadttheaters eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 5,000.000,-- (Schilling fünf-millionen) bei VSt 5/3630/0100 bewilligt.

Die Deckung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, diesen Antrag nachträglich zu billigen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Einwände sehe ich keine. Somit stimmen wir ab: Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen auch nicht. Der Antrag ist so einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der letzte Antrag betrifft:

18) Ge – 5770/77

Marktordnung für die Stadt Steyr;
Neufassung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die beiliegende Marktordnung für die Stadt Steyr wird hiemit genehmigt. (BEILAGE A)

Ich darf Sie bitten, mir zu erlauben, daß ich diesen Antrag nicht in voller Länge vortrage, nachdem Ihnen die Verordnungen zeitgerecht zugegangen sind und Sie zum Teil ja auch daran mitgearbeitet haben an der Neufassung, so daß ich mich darauf beschränken darf, wenn Sie erlauben, Sie nur zu bitten, die neue Marktordnung für die Stadt Steyr genehmigen zu wollen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich glaube, diese verkürzte Antragstellung wird gerne zur Kenntnis genommen. Gibt es zur Marktordnung eine Einwendung? – Nicht. Gegenstimmen? Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Einstimmig beschlossen. Danke. Nächster Berichterstatter Herr Gemeinderat Feuerhuber anstelle von Stadtrat Wippersberger.

GEMEINDERAT KARL FEUERHUBER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich habe Ihnen in Vertretung vom Kollegen Stadtrat Wippersberger drei Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorzulegen und ich bitte im Vorhinein schon um Ihre Zustimmung.

Der erste Antrag beschäftigt sich mit:

19) Bau 3 – 1501/72

Baulos Märzenkeller, Bauabschnitt "Straßenbau
Damberggasse"; Kostenbeitrag der Stadt Steyr

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Grunde des Gemeinderatsbeschlusses vom 29. 6. 1972 wird als Kostenbeitrag der Stadt Steyr für das Baulos Märzenkeller, Bauabschnitt "Straßenbau Damberggasse", der Betrag von S 800.000,-- (Schilling achthunderttausend) bei VSt 5/6100/7700 freigegeben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es hiezu eine Wortmeldung? – Ich stelle fest nein. Gegenteilige Auffassungen werden auch nicht angezeigt. Ebenso keine Enthaltung. Der Antrag ist beschlossen.

GEMEINDERAT KARL FEUERHUBER:

Der nächste Antrag lautet:

20) Bau 3 – 5496/77

Kindergarten Resthof; Errichtung einer Zufahrtsstraße

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 12. 5. 1980 wird der Auftrag zur Errichtung der Zufahrtsstraße zum Kindergarten Resthof der Firma Zwettler zum Preise von S 448.429,-- übertragen. Zu diesem Zweck wird der Betrag von S 448.500,-- (Schilling vierhundertachtundvierzigtausendfünfhundert) bei VSt 5/6120/0024 freigegeben. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte, abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Sie haben den Antrag auch gehört. Wortmeldungen dazu? – Es sind keine vorhanden. Gibt es gegenteilige Stimmen? – Nicht. Auch keine Enthaltung. Auch dieser Antrag findet Ihre Zustimmung.

GEMEINDERAT KARL FEUERHUBER:

Der nächste und letzte Antrag beschäftigt sich mit:

21) Bau 3 – 52/80

Asphaltierungsprogramm 1980

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. VII vom 22. 5. 1980 wird für die Durchführung von Teilleistungen des Asphaltierungsprogrammes 1980 durch den Städtischen Wirtschaftshof nach Maßgabe des eingangs zitierten Amtsberichtes der Betrag von S 1,300.000,-- (Schilling einmilliondreihunderttausend) bei VSt 1/6120/0020 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß §44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte darum.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Keine Wortmeldung. – Gegenstimmen? – Nicht. Enthaltungen auch nicht. Dieser Antrag ist somit einstimmig beschlossen. Ich danke den Berichterstatlern.

Wir sind damit am Ende dieses Tagesordnungsteiles unserer heutigen Sitzung angelangt und haben nun noch die "Aktuelle Stunde" vor uns. Zur Information gebe ich Ihnen bekannt, daß wir in unseren Beschlüssen eine Summe von 26,418.000,-- ausgegeben werden, beziehungsweise ausgegeben haben. Danke für die Entscheidungen. Und hier wieder die Bitte an Sie: Es ist nach dieser Uhr, die dem Herrn Magistratsdirektor-Stellvertreter gehört und nach meinen Beurteilungen einen hohen Goldwert besitzt, zwanzig Minuten nach 16 Uhr. Wir werden hier also unter Zugabe einer kleinen...

Verschiedene Zwischenrufe.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich habe gesagt, nach dieser Uhr. Ich nehme aber gerne zur Kenntnis, daß es Viertel nach vier ist. Die Aktuelle Stunde wird also bis Viertel nach fünf plus fünf Minuten dauern und dann die Sitzung abgeschlossen werden.

Ich bitte also jetzt zur "Aktuellen Stunde" zu sprechen. Üblicherweise in der Größenordnung der Fraktionen, wie es in der Geschäftsordnung vereinbart ist.

Seitens der SPÖ hat sich hier Gemeinderat Lang gemeldet.

GEMEINDERAT HERBERT LANG:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich will heute ein Problem anreißen, das doch jetzt, im Zuge der Tausend-Jahr-Feier sehr gravierend zur Wirkung kommt. Wir können zurückblicken auf sehr gute Veranstaltungen. Wir haben Veranstaltungen mit vollem Stadtplatz gehabt und die Besucher sind von weit und fern gekommen. Das böse Erwachen ist dann anschließend gekommen, als die Festzüge vorbei waren und die Besucher Gaststätten aufsuchen hätten wollen. Leider mußten wir überall feststellen, daß die Gaststätten geschlossen waren, daß die Gaststätten leider an Samstagen und Sonntagen vormittags geschlossen sind. Am deutlichsten war dies beim Musikfest zu sehen, beim Zapfenstreich. Wieder war der Stadtplatz voll von Menschen, es waren ca. 10.000 Besucher da, aber keine einzige Gaststätte war geöffnet. Die Leute waren verärgert.

Sowohl die Steyrer, als auch die Auswärtigen. Man konnte sehen, daß zum Beispiel die Gaststätten außerhalb gefüllt waren bis zum letzten Platz. So war zum Beispiel beim Eckhart kein einziger Sessel mehr frei und dasselbe galt auch für den Theaterkeller. Bitte, wir haben jetzt durch die Tausend-Jahr-Feier den Fremdenverkehr aufgebaut, das sieht man am deutlichsten bei der Ausstellung, wo schon 100.000 Besucher gewesen sind, und jetzt müßte etwas unternommen werden. Die Gaststätten sind ja doch mit sehr großen Subventionsmitteln gefördert worden und da muß jetzt irgendetwas passieren, denn, wenn die Tausend-Jahr-Feier vorbei ist, können wir nicht wieder in den Dornröschenschlaf zurücktreten. Und das, obwohl jetzt schon die Negativwerbung einsetzt, denn alle Fremden jammern darüber, daß sie gastronomisch nicht versorgt werden können. Bitte, wir müssen zeitgerechter sein, so daß wir doch bei den Gastronomien am Stadtplatz, also im inneren Stadtbereich, irgendetwas unternehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. – Kollege Schwarz.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich bin sehr froh, daß der Kollege Lang hier das angeschnitten hat, weil das wirklich ein Problem ist, das in der letzten Zeit ständig an uns herangetragen wurde. Das hat begonnen bei den ersten Veranstaltungen. Es wurden Gespräche geführt mit den Gastwirten, die leider nicht den entsprechenden Erfolg gezeigt haben. Ich habe auch im Fremdenverkehrsverband – als Obmann des Fremdenverkehrsverbandes – in der letzten Sitzung dieses Problem ausführlich behandelt. Ich möchte hier jetzt nicht namentlich Beispiele anführen, möchte aber doch sagen, daß Gruppen waren, zum Beispiel die Wirtschaftstreuhand, die hier in Steyr mit einer sehr großen Gruppe waren, von denen sich einige sehr massiv beschwert haben über die Unterbringung. Darüber hinaus kommen natürlich immer wieder viele Gäste mit der Beschwerde, daß eben hier gerade an Sonntagen nicht geöffnet ist. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß durch Veröffentlichungen, Hinweise und Aufrufe auch in der Öffentlichkeit – und ich bitte den Herrn Bürgermeister darum, vielleicht ist es möglich, im Amtsblatt einen entsprechenden Hinweis zu bringen – diese Kritik laut wird, damit die Gastronomie in Steyr hier etwas hellhöriger wird. Ich kann mir auch vorstellen, daß seitens des Fremdenverkehrsverbandes Schreiben in dieser Richtung an die Gastwirte hinausgehen. Wir müssen froh sein, daß wir zwei Betriebe haben, die Pächter bei uns, bei der Gemeinde, sind – nämlich das Taborrestaurant und der Theaterkeller – und die dadurch beide auch am Sonntag bis zum Abend offen haben und es sind das beides Betriebe, auf die wir als Stadt einigermaßen Einfluß nehmen können und auch nehmen, was wiederum beweist die Wichtigkeit und Dringlichkeit solcher Einrichtungen. Die anderen Betriebe stehen außerhalb unseres Einflußbereiches und wir können also hier nicht so einwirken. Ich glaube aber, wenn der entsprechende Druck der Öffentlichkeit da ist, dann wird das künftighin besser sein. Ich bitte nun um Unterstützung in dieser Richtung und hoffe, daß bei den nächsten Veranstaltungen der zweiten Hälfte unserer Tausend-Jahr-Feier hier eine echte Verbesserung im Sinne und im Dienste unserer Gäste eintritt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Sprecher Kollege Wallner.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Als ob ich es geahnt hätte, nachdem ich gehört habe, daß im Fremdenverkehrsvorstand über dieses Problem schon gesprochen wurde, dort aber der zuständige Vertreter des Gastgewerbes nicht zu Wort kommen konnte, oder nicht zu Wort kommen wollte, nachdem der Herr Bürgermeister – wie mir berichtet wurde – die Sitzung vorzeitig verlassen mußte....

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nein, das stimmt nicht.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Bitte um Entschuldigung, ich habe das so gehört.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der Vertreter der Gastronomie ist auch nicht der Herr Bürgermeister!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Der Herr Bürgermeister hat schon an die Zukunft gedacht.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Er wollte also vor dem Bürgermeister diese Rechtfertigung abgeben und das konnte er nicht. Er hat vielleicht die Zusammenhänge zu diesem Zeitpunkt weniger gekannt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder von uns hier, wie Sie im Saal sitzen, vertritt eine gewisse Bevölkerungsgruppe und daher fühle ich mich schon beruflich verpflichtet, mich im Namen der Gastgewerbetreibenden gegen solche – nachdem es ja von zwei Herrschaften vorgebracht worden ist – also gegen solche Vorwürfe zu verwahren. Es scheint also jetzt – und ich übertreibe damit nicht –, denn ich verfolge das jetzt schon eine gewisse Zeit und nicht nur in Steyr allein, eine gewisse "Hatz", wenn Sie mir diesen jägerischen Ausdruck gestatten, oder, wenn Sie wollen, Verteufelung der Wirtschaftstreibenden im allgemeinen, Methode zu werden. Ich fange also ganz oben an: Kreisky hat – wie Sie wissen – vor nicht allzulanger Zeit pauschal die Gewerbetreibenden zu Steuerhinterziehern gemacht, die Gewerkschaftsjugend fühlt sich nun stark mit dem Ausdruck Ausbeuter – der Vorsitzende dieser Gewerkschaftsjugend hat also vor nicht allzulanger Zeit es sogar gewagt, die Wirtschaftstreibenden in einem Satz mit Strauchdieben usw. zu vergleichen. Und nun, wie man sieht, setzt sich also diese Kampagne auch im Steyrer Gemeinderat fort. Ich darf persönlich sagen – und das ist meine persönliche Vollüberzeugung, das können Sie mir glauben, sonst würde ich es hier nicht sagen –, daß ich grundsätzlich gerade die Leistungen der Steyrer Gastronomie während der Festtage besonders hervorhebe und würdige. Voller Überzeugung. Dazwischen gleich eine Frage bitte an den Kollegen Lang. Ich kann mich nicht erinnern – und ich bitte, mich ruhig zu berichtigen –, ob das Forum seiner Verpflichtung der Ausübung der Konzession während dieser Festtage mit dem gastronomischen Betrieb voll und ganz nachgekommen ist. Ich bin überfragt. Es kann sein, daß jetzt die Antwort kommt: jawohl. Dann, bitte, nehme ich es zurück.

GEMEINDERAT HERBERT LANG:

Darf ich hier gleich dazu Stellung nehmen? Unser Gastbetrieb ist ausgerichtet auf die Geschäftszeit und die Geschäftszeiten sind ja von 8 bis 18 Uhr und Samstag von 8 bis 12 Uhr beschränkt. Es ist lediglich eine Ausnahmegenehmigung einmal eingeholt worden bei den "Goldhauben". Da haben sich "Goldhauben" angemeldet, und so haben wir an diesem Tag 280 "Goldhauben" verköstigt, an einem Sonntag.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Wenn ich richtig informiert bin – darf ich das gleich dazusagen – und der Herr Dr. Knapp ist ja hier als Beamter anwesend und darf ja auch, glaube ich, wenn es nicht stimmen sollte, was ich sage, Stellung dazu nehmen. Das Forum könnte, wenn die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden würden, die Konzession, nachdem es eine vollgastgewerbliche Konzession ist, ausüben wie jeder andere Gastgewerbetreibende, sie müßten nur die räumlichen Voraussetzungen schaffen. Aber das ist nicht unser Problem bitte. Das darf ich wohl feststellen, also die Konzession ist nicht eingeschränkt. Meines Wissens nicht. Aber es geht mir jetzt nicht um eine Konfrontation mit dem Forum, es ist auch nicht als Vorwurf gedacht, sondern es gehört irgendwo da hinein, wenn man die übrigen Gastgewerbetreibenden hier miteinbezieht und fast pauschal hier in diese Kritik einbezieht. Ich glaube, man muß das auch sagen. Man muß aber – und dazu fühle ich mich auch verpflichtet – sehr wohl die Schwierigkeiten der Gastgewerbetreibenden bei solchen Anlässen, bei solchen Festen, hervorheben, beziehungsweise auch Ihnen zur Kenntnis bringen, sofern Sie das nicht wissen. Also, im konkreten Beispiel: Mader hat 20 Beschäftigte, darunter befinden sich 7 Jugendliche. Er hat täglich von 6.30 Uhr bis 2.00 Uhr früh offen.

Täglich bitte, auch zu Zeiten der Festtage. Ausgenommen am Sonntag, an Sonntagen schließt er um 16.00 Uhr. Wenn Sie bitte mitrechnen, macht das – also, wenn ich die Jugendlichen abzähle, das müssen Sie ja, nachdem ja viele Gewerkschaftsvertreter hier sitzen, die natürlich wissen, daß Jugendliche nicht länger als 40 Stunden die Woche arbeiten dürfen – , wodurch ein Drittel der Belegschaft des Mader ausfällt. Und auf diese übrig gebliebene Belegschaft entfiel – und entfallen pro Woche eine Arbeitsleistung von 130 Stunden. Nun wissen Sie alle selbst, daß bekanntlich über 40 Stunden nicht gearbeitet werden soll. Wenn aber diese Leistung erbacht werden muß, diese 130 Stunden, müssen logischerweise für 90 Stunden Überstunden geleistet werden. Und daß diese Überstunden, es stimmt die Rechnung nicht ganz, Sie können mir jetzt nachrechnen, daß natürlich in Schichten gearbeitet wird, ich weiß. Bitte aber das läßt hier die Zeit nicht zu, das alles auf die Minute auszurechnen, wie es sich ja durchführen läßt; aber im großen und ganzen stimmt das, man kann es Ihnen jederzeit beweisen. Und diese Überstundenleistungen müssen erstens erbracht und zweitens bezahlt werden, ohne aber – und da werden Sie mir ebenfalls recht geben müssen, denn zahlreiche Kontrollen beweisen es – die Preise zu erhöhen. So. Abgesehen davon sollte man auch in einem Wort erklären, daß immerhin die Gastwirte Tausenden oder für Tausende dieser Besucher, beziehungsweise für Mitwirkende bei diesen Festen, die Kloanlagen kostenlos zur Verfügung stellten. Nun könnte es sein, daß ein Argument von Ihnen kommt, das lautet, na dann sollen Sie halt Aushilfspersonal einstellen. Auch da bin ich sehr gut vorbereitet, weil ich hier schon ein Nicken sehe, das Argument wäre also sowieso gekommen. Bitte rufen Sie den Leiter des Arbeitsamtes, den ich hier öffentlich nenne und den ich heute vormittag dahingehend befragt habe, an. Er wird Ihnen folgendes bestätigen, daß nämlich keine einzige Vormerkung für eine qualifizierte Kraft im Gastgewerbe dort aufscheint. Wäre es der Fall, müßte er gelogen haben und das tut er aber bekanntlich nicht. Im Gegenteil: Es sind 30 Stellen im Gastgewerbe offen, davon 7 männliche und 23 weibliche. Also nun geben Sie mir bitte die Antwort darauf, was soll die Gastronomie tun? Qualifiziertes Personal bekommt sie nicht, wie sie gehört haben sind 30 offene Stellen verzeichnet, also muß man aus den eben angeführten Gründen die Leistungen der Gastwirte sehr wohl entsprechend würdigen. Eines noch dazu in diesem Zusammenhang. Nicht mit den Gastwirten, aber, wenn ich schon am Wort bin, möchte ich das sagen. Es ist auch – bis jetzt jedenfalls – in keiner Weise gewürdigt worden, daß von 57 Bildern anläßlich des Festzuges 30 Bilder die gewerbliche Wirtschaft gestellt hat. Das ist auch bitte in dem heute schon angezogenen Sonderheft des Amtsblattes der Fall, dort habe ich das leider Gottes auch vermißt, daß diese Leistung der gewerblichen Wirtschaft pauschal für diesen Festzug – sie hat es gerne getan – ...

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Du meinst wahrscheinlich die 15 ADEG-Fahrzeuge!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Bitte, ich habe also nicht die Autos gezählt, sondern ich habe die einzelnen ...

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Das ist Sache des Organisators.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Das ist richtig, es hätte von vorneherein müssen das untersagt werden, aber das ist nicht unsere Aufgabe, sondern das wäre die Aufgabe des Leiters dieses Festzuges gewesen. Er hätte die Möglichkeit ohne weiteres gehabt, hier – was weiß ich – 15 Autos auszuschießen. Aber bitte, das muß ich Ihnen ehrlich gestehen, das ist also bis jetzt nicht gewürdigt worden und ich hoffe nur, daß diese Würdigung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen möge. Das wollte ich bitte dazu sagen. Ich glaube, daß die Zeit schon aus ist.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Als Referent Fremdenverkehr nun Kollege Fritsch, anschließend Kollege Tremel.

Wenn kein Beitrag zu dem Thema mehr ist... Nein? Dann ist der Nächste Kollege Fritsch.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich nehme von dem Recht Gebrauch, als Referent für Fremdenverkehr doch einige Stellungnahmen zu beziehen. Meine Damen und Herren, ich glaube, dieses Problem ist einmal grundsätzlich von zwei Gesichtspunkten aus zu sehen. Der erste Gesichtspunkt ist der, der im Sinne der Anregung des Kollegen Lang, im Sinne des Gemeinderates und auch – das kann man ohne weiteres zubilligen, im Sinne des Konsumenten liegt, der nach irgendeinem Anlaß in ein Gasthaus gehen möchte und dort sein Bier trinken oder irgendeine andere Konsumation vornehmen möchte. Es ist einzusehen, daß er verärgert ist, wenn er diesem seinen begehrlischen Wunsche nicht nachkommen kann und daß er seinen begreiflichen Ärger am Wirt, am Betreiber der Gaststätte, der ausgerechnet, wenn er kommt, zugesperrt hat, ausläßt. Daß das natürlich zum Zeitpunkt großer Feste eine Aufsummierung von diesen berechtigten Wünschen ist, das ist auch unbestritten. Wenn man aber – man muß ja bekanntlich alle beiden Seiten betrachten – die Gegenwart betrachtet von den hier angezogenen Gastronomiebetrieben, dann ergibt das einen anderen Gesichtspunkt. Auf die rechtlichen, auf die zeitlichen, auf die arbeitsbedingten Notwendigkeiten will ich gar nicht eingehen, das hat ja der Kollege Wallner schon gesagt. Aber, eines ist sicher zuzubilligen und gerade die in der Gastronomie Tätigen – dabei spreche ich insbesondere den Kollegen Zöchling an – werden mir bestätigen müssen, daß dieses Geschäft ein Geschäft ist mit vagen Aussichtschanzen. Ein Geschäft dahingehend, daß er sich richten muß für den Besuch von soundsovielen Hundert Leuten, die dann aus irgendwelchen Gründen nicht kommen können oder kommen wollen und er also mehr oder minder auf seinen vorbereiteten Artikeln sitzen bleibt. Beim Getränk ist es sicherlich weniger bedeutend, da ist ja meist genug zuhause und das trifft daher nicht zu, das ist auf die kulinarischen Genüsse bezogen. Eine zweite Überlegung – da beziehe ich mich auf die Sitzung des Vorstandes des Fremdenverkehrsverbandes vorige Woche – ist die, daß Gastronomiebetriebe – ich nenne keine Namen – sich jetzt bereits von **seiten** des Fremdenverkehrsverbandes benachteiligt gefühlt haben, weil ihnen nicht Besucher, Autobusse etc. zur Konsumation vermittelt und zugewiesen wurden. Das ist nämlich die andere Seite. Da beschwert sich nun die Gastronomie bei dem letztlich öffentlichen Rechtsträger, daß sie nicht jene Gäste zugewiesen bekommt, die sie erwartet. Dazu muß ich auch klar feststellen, und das ist die einhellige Meinung innerhalb des Vorstandes gewesen, daß es von **seiten** des Fremdenverkehrsamtes nie möglich sein kann und darf, irgendwelche Zuweisungen, irgendwelche Einweisungen überhaupt in die Wege zu leiten. Das ist Sache des Veranstalters einerseits und des Gastbetriebes andererseits, hier eine Vereinbarung zu treffen. Wir, die Stadtgemeinde Steyr, sind dazu nicht in der Lage, es zu tun. Warum ich das sagte hat nun folgenden Grund: Hier wird über die Gastronomiebetriebe vom "Leder" gezogen, die also als diejenigen, die anzuprangern sind, dastehen. Gleichzeitig ist aber jetzt die Gastronomie irgendwie aufgebracht, weil die Stadt ihnen nicht jenen wirtschaftlichen Erfolg vermittelt, den sie sich wünschen. Dieses Problem des Offenhaltens ist ja überhaupt sehr schwierig zu lösen, weil vielerlei Faktoren mit hineinspielen. Ich weise vielleicht auch darauf hin, daß es nur unter äußerst schwierigen "Geburtswehen" möglich war, auch die Konditoreibetriebe in einem Turnusdienst zum jeweiligen Offenhalten zu – ich möchte nicht sagen – verpflichten, sondern zu überreden. Und genauso schwierig wird es sein, unsere Gastgewerbe zu einem ständigen, periodischen – und da müßte ich fast sagen Rund-um-die-Uhr-Offenhalten ihrer Betriebe zu überzeugen. Veranlassen – so wie es heute hier durchgeklungen ist – dazu wird aber die Stadt sie keinesfalls können. Dazu gibt es keine rechtliche Handhabe. Es ist nur eines möglich, an die Einsicht und an das Verständnis unserer Gastwirte zu appellieren, daß sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten – ihrer wirtschaftlichen und ihrer gesetzlichen Möglichkeiten – diesem Wunsche, der hier geäußert wird, Rechnung tragen. Man darf aber auch bei diesen Vorstellungen und Forderungen den Bogen nicht überspannen. Nur, eines glaube ich auch noch bemerken zu müssen, ich glaube kaum, daß es am guten Willen unserer Gastronomiebetriebe, ihren

Beitrag zur Tausend-Jahr-Feier zu leisten, fehlt. Daß sie – in diesem Falle muß ich fast sagen – oft über ihre Verhältnisse hinaus die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe gewährleisten, das ist nicht nur in ihrer Einstellung zu ihrem Betrieb zur Stadt gelegen, das ist auch im Verständnis ihrer im Betrieb Beschäftigten gelegen. Und auch jedes Verständnis hat letztlich einmal ein Ende. Ich bin aber überzeugt davon, daß viele Gastronomiebetriebe wesentlich gesteigerte Öffnungszeiten machen könnten und da könnte ich gerade auf dieser Seite auf einen in unmittelbarer Nähe verweisen. Hier ist die Möglichkeit gegeben, Ihren Einfluß geltend zu machen. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Nächster Sprecher Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich kann es mir etwas leichter machen, weil ich hinter mir keine Gastwirte habe. Ich sehe es auch nicht so als Pauschalangriff seitens des Kollegen Lang, hier im allgemeinen die Gastronomiebetriebe anzugreifen, sondern es geht darum, den Mißstand, der vorhanden ist, aufzuzeigen und nach Möglichkeiten zu suchen, die es gibt aufgrund unserer Einflußnahme als Gemeinderat, um diesen Mißstand abzustellen. Ich glaube, es hilft überhaupt nicht, wenn man sich gegenseitig vorwirft, sogar bis zur Ideologie einer Partei zurückgreift und hier die Ursachen dieser Angriffe sieht. Ich glaube, es ist eine Tatsache und der Kollege Wallner und ich, wir sind sehr eifrige Sonntagsspaziergänger – nicht am Stadtplatz – und wir haben des öfteren diesen Mißstand, der vom Kollegen Lang hier aufgezeigt wurde, festgestellt. Wir haben auch einiges gemeinsam besprochen und es hat auch einige Änderungen der bisherigen Situation, z.B. daß am Stadtplatz keine Konditorei sonntags geöffnet hat, ergeben. Es geht ja hauptsächlich um die Gastronomie- bzw. Konditoreibetriebe, die unmittelbar hier im Zentrum, also am Stadtplatz sich befinden. Und hier muß ich sagen, ist dann sehr schnell vor sich gegangen, daß sich zumindest die Konditoreien geeinigt haben, turnusweise zu öffnen. Das wurde von den Fremden auch positiv vermerkt. Und ich glaube, man kann auch hier in diesem Rahmen positiv einige andere vermerken, also zum Beispiel das Atelier-Cafe ist ja ständig offen gewesen, da hat es ja keine Kritik gegeben, aber es gibt auch andere Gastronomiebetriebe – ob das die Gösser ist oder die Schwechater –, die man hier auch lobenswert herausstreichen kann, die sicherlich in einer nicht viel besseren Situation sind als andere hier im Zentrum. Aber da schaut man halt am meisten und hier im Zentrum braucht man sie. Und ich glaube, auch hier müßte es eine Regelung geben, es geht ja faktisch nur um Köckinger und Mader. Auf der einen Seite ist ja jetzt angesprochen worden, dort, wo die Genossen von der SPÖ hingehen Bier trinken, daß man mit dem Köckinger redet...

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Mit dem Genossen Köckinger!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

... auf der anderen Seite sollen dann die von der ÖVP Einfluß ausüben von mir aus auf den Gastwirt Mader. Und ich glaube, auch die Öffnungszeiten – wenn man sagt, ja der hat bis zwei Uhr früh offen, von mir aus gleich bis fünf und das sind soundsoviele Stunden, das ist kein Argument, sondern man sollte sich hier zusammentun, um diesen Mißstand abzuschaffen. Meine Damen und Herren, es war am Sonntag, dem 11. Mai glaube ich, da war eine größere Gruppe, also ungefähr 14 Autobusse mit über 700 Personen aus Frankreich, die anlässlich der Wiederkehr der Befreiung vom Konzentrationslager Rammingdorf nach Steyr gekommen sind. Sie waren beim Magistrat angemeldet, haben die Feierlichkeiten durchgeführt und wollten natürlich die Stadt besichtigen und auch nicht nur trinken, sondern auch etwas loswerden. Aber leider, es war an diesem Nachmittag um diese Uhrzeit um 17 Uhr überhaupt nicht die Möglichkeit dazu, außer in diesem Pissoir auf dem Wegerl zum Ennskai bei der Dominikanerkirche. Also, das war verheerend. Ich habe versucht, das umzulenken in

den Schwechaterhof und an alle möglichen Stellen. Ich glaube, daß dieser Beschluß, daß wir endlich diese Kloanlagen, die heute beschlossen wurden, installieren, sehr notwendig erscheint. Aber gleichzeitig muß ich auch ganz offen sagen, wenn es hier angeschnitten wird, ja die Gastwirte sind so nett und lassen alle hinein: Dazu sind sie ja verpflichtet. Wir waren ja auch so einsichtig, als man an uns herangetreten ist, und haben gesagt, na ja, diese WC-Anlagen sind eben veraltet, man hat sie bereits veraltet übernommen, aber wir wollen das modernisieren. Da hat die Stadt schon ganz schön investiert, daß die Pissoirs und Klos instandgesetzt werden und – das ist ja analog – auch öffentlich zugänglich sein müssen. Also ich möchte noch einmal sagen, ich glaube wir sollten da jetzt nicht gegenseitig aufeinander losziehen, sondern Lösungsmöglichkeiten suchen, daß hier im Zentrum am Stadtplatz auch die Öffnungszeiten so festgelegt werden, daß besonders auch der Sonntag berücksichtigt wird, und das haben wir leider nicht. Und das können Sie wahrscheinlich Sonntag für Sonntag sonst wieder erleben, was ich damals am Sonntag, dem 11. Mai erlebt habe. Zur Ehrenrettung des Leiters, der verantwortlich ist für diesen Festzug, also er kann sicherlich nichts dafür, aber ich bin ein sehr kritischer Mensch, ein bißchen kennt ihr mich ja, ich habe auch das sofort kritisiert und habe mich an den gewendet. Aber ihm wurde mitgeteilt, es kommen 15 Autos der Fa. ADEG, und die haben die Absicht, hier an die Bevölkerung, an die Teilnehmer des Stadtfestes Obst zu verteilen. Er hat also nicht gewußt, daß hier 16 gelbe Schwer-LKW auffahren werden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Meine Damen und Herren. Laut Geschäftsordnung möchte auch ich zu diesem Punkt die Gelegenheit nehmen, ein paar Worte zu sagen.

Es wurde jetzt, muß ich ehrlich sagen, in sehr sachlicher Form ein heikles Thema behandelt, das uns aber alle sehr stark bewegt, nachdem die "Hochzeiten" des Jubiläumsjahres doch mehr oder weniger durchgelaufen sind. Vielleicht mit Ausnahme von ein oder zwei Veranstaltungen. Wir haben daraus gewisse Lehren zu ziehen, wie wir als Gemeinderat und wie wir als Steyrer generell uns solchen Veranstaltungen gegenüber mit diesem Massenaufgebot an Menschen zu verhalten haben. Fest steht einmal eines, daß hier zwei Dinge zu beobachten sind. Es kann sich niemand ausreden, daß er von diesen Massenveranstaltungen überfordert oder überrollt wurde, weil wir seit fünf Jahren hier immer wieder dokumentieren, zeigen, veröffentlichen, das Jubiläumsjahr ist 1980, wir erwarten dazu viele Zuschauer. Also, vom Massenaufgebot her wurde die Steyrer Gastronomie zeitgerecht in Kenntnis gesetzt und informiert. Die Ursache, daß ich mich gemeldet habe, liegt darin, daß mir persönlich einige Beschwerden vorgetragen wurden, die auch notwendig sind und ich sie daher dem Gemeinderat weiterreiche. Zum Beispiel ist etwas passiert, was in Steyr in einem Haus, das nach dem Umbau für sich in Anspruch nehmen kann, ein sehr gutes Haus zu sein – ich spreche vom Gasthaus Mader – nicht passieren sollte. Und zwar während der Zeit der Anwesenheit der ostdeutschen Delegation aus Plauen. Der Oberbürgermeister Sachs ist einmal mit uns zu einer Rundfahrt schon am frühen Morgen weggereist, und als er am Abend zurückgekehrt ist, wurde er in ein anderes Zimmer eingewiesen. In seiner Abwesenheit hat man einfach sein Gepäck, seine persönlichen Gegenstände und Utensilien aus dem Kasten und aus seinem Zimmer entfernt und in ein anderes Zimmer hinübergetragen mit der Bemerkung: Es wird Ihnen ja sicher nichts ausmachen, wenn wir Ihnen ein anderes Zimmer gegeben haben. Sachs war anständig genug, nichts davon zu sagen, ich habe es erst bei seiner Abreise erfahren. Wenn uns das in Ostdeutschland, in der DDR, passieren würde, wären wir zu Hause empört und würden sagen: Na, schaut euch an, diese Kommunisten – da bin ich jetzt aber nicht auf der Seite vom Kollegen Treml –, wie die mit uns aus dem Westen verfahren. So etwas darf nicht passieren. Das darf weder beim Mader, noch in einem anderen Gasthaus passieren. Das gebietet die Höflichkeit dem Gast gegenüber und ich persönlich habe mich entschuldigen müssen beim Oberbürgermeister Sachs und der Plauener Delegation, die ja offizielle Gäste der Stadt Steyr waren. Und hier soll und darf so etwas nicht geschehen. Ein zweiter Fall: Es war die Familie Colby aus Kettering hier, zusammen mit einer zweiten Familie und drei Kindern dazu, die haben sich schon monatelang vorher, nach Aussage von Frau Clary, angemeldet beim Minichmayr, sprich Hotel Viertler, und haben gleich

von vornherein erklärt, daß ihre Anreise sehr spät am Abend erfolgen wird. Nicht vor 23 Uhr. Sie sind um elf Uhr gekommen, es wurde ein Komfortzimmer mit Bad vereinbart. Bekommen hat die Familie Colby, die beileibe nicht in armen Verhältnissen in Amerika wohnt, ein Mansardenzimmer mit einer Waschmuschel und einer dürftigen Brause. Sie haben sich nicht offiziell beschwert, aber im Gespräch ihr Erstaunen kundgetan, daß so etwas in Steyr, im Jubiläumsjahr, in unserer Hotellerie passieren kann, zumal sie sich monatelang vorher schon angemeldet haben. Ich habe eine weitere Beschwerde eines Kunstgaleriebesitzers in Wien, der anlässlich der Kulturtage, der Kulturkontakte hier in Steyr war. Der hat in Wien 450 Schilling eingezahlt für ein Komfortzimmer, ausdrücklich mit dem Auftrag, es zu erhalten. Als er ankam, hat man ihm ebenfalls eine Mansarde zur Verfügung gestellt. Der Mann war sehr enttäuscht, hat sich an der Rezeption beschwert und da kommt jemand vom Haus dazu – so bin ich der Sache nicht nachgegangen, wer das war –, der hat auf diese Beschwerde geantwortet: Wenn es Ihnen da nicht paßt, dann schauen Sie, daß Sie woanders ein Quartier bekommen. So kann man die Gäste in Steyr einfach nicht behandeln. Da gehört ein Umdenken, da gehört vor allem dazu, daß man endlich einmal von der Fremdenverkehrsgesinnung, die im Fremdenverkehrsverband immer wieder angeschnitten wird, etwas merkt, von denen, die sie erzeugen müssen. Und, wem kommt denn diese Fremdenverkehrsgesinnung, die wir miterzeugen als Gemeinderat mit unseren Infrastrukturleistungen, zugute? Uns kommt es auf bescheidenen Umwegen zugute, nämlich der Gemeinde, es kommt ja in erster Linie den Gastwirten, den Gasthofbesitzern, Hoteliers zugute. Und ich kann Ihnen versichern, ich kann Ihnen noch eine Menge solcher Beispiele bringen. In einer Konditorei zum Beispiel ist bereits eine dreiviertel Stunde vor der offiziellen Sperrstunde um sechs Uhr nicht mehr bedient worden. Da wurde gesagt: Nein, heute haben wir genug, wir haben sowieso schon viel getan, jetzt machen wir zu. Aus. Das war alles hier in Steyr am Stadtplatz. Und, meine Damen und Herren, es hat überhaupt keinen Sinn, hier vielleicht politische Grenzen zu ziehen in diesem Bereich der Gastronomie und der Hotellerie, für uns muß es nur die Erkenntnis geben, daß hier noch viel, viel nachzuholen ist auf der Seite, wo hier die Mittel einerseits gegeben sind und wo der Gemeinderat gerade in zwei besonderen Fällen, Mader und Viertler, mit zwei Millionen Schilling in die Tasche gegriffen hat, um diese beiden Betriebe ausbauen zu können. Und es ist nicht nur ein Wunsch, es ist ein Recht von uns, über diese Sachen sprechen zu können. Denn wir geben diese Gelder ja nicht als persönliche Bereicherung an den jeweiligen Inhaber weiter, wir geben sie, um die Infrastruktur zu stärken. Daher glaube ich, daß auch Aussagen wie diese, die ich da einmal gehört habe: Ja, die Gewerkschaft ist schuld, weil sie keine Überstunden erlaubt, nicht stimmen. Auch der Gewerkschaft kann man die Schuld nicht geben, denn die kann auch nichts dafür, daß die Leute so behandelt werden. Das liegt schon in der Vorgangsweise. Ich gebe zu, in solchen Druckzeiten herrscht eine gewisse Nervosität, die fast jeden, uns genauso erfaßt hat, dennoch können wir Fremde und Gäste nicht so behandeln. Wenige Fälle dieser Art können den guten Ruf unserer Stadt, den sie sich erworben hat, gerade in den letzten Monaten, sehr leicht zerbröckeln lassen und ich hoffe daher sehr, daß gerade aus diesen Gründen Einkehr herrscht, und das Bemühen vornehmlich in den Vordergrund gestellt wird, mit diesen Problemen eben fertig zu werden, wobei ich sage, wir können uns – und es ist auch nicht unsere Absicht – in die Internas der einzelnen Betriebe nicht einmischen; das sind Dinge, die der jeweilige Besitzer regeln muß. Aber schauen Sie die Betriebe, die uns gehören, Stadtkeller und Taborrestaurant an, da ist Samstag und Sonntag offen. Wir haben das auch in den Verträgen vereinbart. Es hat das Casino Steyr gerade zu den Stoßzeiten ständig offen, das ist, soweit ich weiß, auch dort in den Verträgen so vereinbart. Und ich kann mich erinnern, daß gerade im Casino vielfach Hunderte Menschen dort das Essen gefunden haben, wo sie sonst gar nirgends untergekommen wären. Man muß also schon die Dinge hier ein bißchen im wahren Licht betrachten, es hat auch – ich sage es noch einmal – keinen Sinn, hier jetzt dem einen oder anderen die Schuld zuzuschieben. Generell gesehen muß die Gesinnung im Fremdenverkehr andere Maßstäbe erreichen. Das ist das Ziel, das wir vor Augen haben, das müßten aber auch die Gastronomiebetriebe anstreben. Und so möchte ich schließlich noch vor allem danken den Lions-Clubs, die sich beim Stadtfest so engagiert haben, daß ohne diesem Engagement der Lions-Clubs in Steyr das Stadtfest nach dem Festzug beileibe nicht diese Nachwirkung gefunden hätte, die es gefunden hat. Ich rede

jetzt nicht von den alkoholfreudigen Nachwirkungen, sondern von den stimmungsmäßigen Nachwirkungen, die noch Stunden nach dem Festzug festzustellen waren, und das wäre bei der Gastronomie bei der jetzt aufgezeigten Verhaltensweise unmöglich gewesen. Vielleicht auch noch eine Bitte an die Kammervertretung, der Kollege Wallner vertritt in seiner heutigen Aussage hier vornehmlich die Kammerinteressen: Ich kann mich erinnern, es gab in Steyr zuerst die Forderung nach einem Hotelbau. Anschließend, als wir die Förderungen an die beiden Hotelbetriebe gegeben hatten, wurden plötzlich Bedenken über einen neuen Hotelbau geäußert. Dieses Jubiläumsjahr hat nun eindeutig bewiesen, daß wir über die bestehende Gastronomie und Hotellerie hinaus auch noch einen Hotelbau dringend brauchen. Dann könnten wir solche Sachen, die hier angetroffen wurden und die hier stattgefunden haben, doch auf ein Minimum beschränken und ich bin auch sicher, daß in den Folgezeiten aus den Erfahrungen dieses Jubiläumsjahres manche Unzukömmlichkeiten abgebaut werden.

Bitte, soweit zu diesem Punkt. An zweiter Stelle wäre nun die Österreichische Volkspartei mit einer Frage. Herr Kollege Radler hat einen Beitrag.

GEMEINDERAT JOSEF RADLER:

Verehrtes Präsidium. Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Namens der ÖVP-Fraktion möchte ich für die heutige "Aktuelle Stunde" die Linienführung der städtischen Unternehmungen wählen. Und zwar hier konkret die Linie Tabor und – bis zu einem gewissen Grad – auch die Linie Krankenhaus. Wir wissen, daß mit Inkrafttreten der neuen Tarife mit 1. April 1980 die ursprüngliche Linie Resthof, die über den Wehrgraben, Wiesenberg, Wieserfeldplatz zum Resthof geführt hat und wieder zurück auf der selben Linie, eingestellt worden ist und für diese Linie die sogenannte City-Linie eingeführt worden ist. Gleichzeitig haben sich beim LKH draußen in den Abfahrtszeiten Änderungen ergeben und es wurden dort besonders vermißt die Abfahrtszeiten 14.00, 17.00 und 19 Uhr. Es hat längere Zeit gebraucht, bis sich ein Teil der dort Bediensteten auf diese neuen Zeiten umgestellt hat und es wird dort behauptet, daß diese Abfahrtszeiten, 14.00, 17.00 und 19.00 Uhr dringend notwendig wären. Was die Linie Resthof anbelangt, so hat hier insbesondere der Bereich Wehrgraben, Schwimmschulstraße, Wiesenberg und auch Sierningerstraße, Wieserfeldplatz diese Linie sehr stark vermißt, weil hier älteren Leuten die Möglichkeit genommen wurde, auf relativ kurzem Wege zum Friedhof zu fahren und vom Friedhof wieder zurückzufahren. Dem Vernehmen nach hat die neue Linie City-Linie nicht besonders eingeschlagen, wenn man Zeitungsberichte verfolgen darf, ist hier sogar an eine Einstellung gedacht. Und es bleibt zu hoffen, daß dann die Linie Resthof, oder ehemalige Linie 4, wieder voll installiert wird. Es ist, glaube ich, nicht ganz unbekannt, daß in diesem Zusammenhang sogar eine Unterschriftenaktion stattgefunden hat im Bereich Sierningerstraße und es sind hier an die 350 Unterschriften geleistet worden. Man darf zwar eine solche Unterschriftenaktion nicht überbewerten, andererseits können aber 350 Unterschriften auch nicht unterbewertet werden, denn das sind immerhin 1,5 % der Wahlberechtigten von Steyr. Und, wenn jetzt im Zusammenhang mit der beabsichtigten Einstellung der City-Linie diese Linie 4 wieder installiert oder in Kraft gesetzt werden könnte und eventuell auch mit verkürzten Intervallen, wie es auf den anderen Linien geschehen ist, wäre das ein großes Plus und ein besonderer Wunsch der betroffenen Bevölkerung Wehrgraben, Sierningerstraße, Wieserfeldplatz. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Zu diesem Thema Sprecher der sozialistischen Fraktion, Stadtrat Kinzelhofer. Ich kann vielleicht nur aufklärend hinzufügen, daß ein Auftrag besteht bei den Stadtwerken, die Angelegenheit zu prüfen. Der ist schon seit April gegeben. Hier ist nur eine Überprüfungszeiten. Stadtrat Kinzelhofer zu dem Thema.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates. Zu den Ausführungen des Gemeinderat Radler möchte ich berichten, daß im großen und ganzen die Umstellung dieser Linie auf kürzere

Zeiten usw. Erfolg gebracht hat. Ich kann nur feststellen, daß im Monat April um 200.000 Schilling mehr eingenommen wurde, als im Monat April des vergangenen Jahres und im Mai 120.000 Schilling. Vor allem die Linien Tabor und Ennsleite mit den verkürzten Zeiten sind hier hauptbeteiligt.

Verschiedene Zwischenrufe.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Ja, na sicher. Aber trotzdem sind die Linien angesprochen worden. Die Resthoflinie, das war ja ein Wunsch vorerst, nämlich die Umsteigmöglichkeit aufgrund der kurzen Zeiten am Resthof zu schaffen. Und es hat sich herausgestellt – das stimmt, was Sie sagen –, daß die Linie nicht angenommen wurde. Ich habe selbst gesehen – man sieht es ja –, daß die Busse leer sind. Und sie wird ab Montag wiederum wie früher gefahren. Bis Viertel nach sieben direkt Johannesgasse und ab 7.15 Uhr wiederum dann Stadtplatz, weil die ersten Linien ja für die sind, die in den Dienst fahren. Die Linie Krankenhaus, die wurde bereits damals kritisiert und wird auch wiederum umgestellt zu den anderen Abfahrtszeiten, nur hat man jetzt einige Zeit versucht zu warten, um herauszubekommen, was sich ergibt und was man ändern muß. Also, die Abfahrtszeiten Krankenhaus, sie betreffen ja in erster Linie die Bediensteten, wurden aber auch aufgrund eines Antrages von Bediensteten geschaffen und es wurde festgestellt, daß sie geändert werden müssen und das wird auch geschehen. Und, wie gesagt, die Linie Resthof wird ab Montag bereits wieder umgestellt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Gibt es sonst noch einen weiteren Beitragsredner? Von der FPÖ niemanden.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich verzichte darauf, zu reden, denn der Kollege Radler hat schon alles gesagt, was ich sagen wollte.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

In Ordnung. Dann ist dieser Punkt der "Aktuellen Stunde" abgeschlossen. Gibt es noch ein weiteres Problem aufzuzeigen? Herr Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich hatte eigentlich vor, heute anläßlich dieser "Aktuellen Stunde" ein ganz anderes Thema hier vorzutragen und zur Diskussion zu stellen. Ein noch aktuellerer Anlaß aber, nämlich die neuerlich an den Verein Arbeiterheim geschenkte Rückzahlungsrate in der Höhe von 120.000 Schilling für ein Darlehen von 1.200.000 Schilling und die Rückzahlungsrate von 116.000 Schilling für ein weiteres Darlehen von 700.000 Schilling gibt mir Anlaß, eine Frage in den Raum zu stellen. Nämlich, wie ernst sind eigentlich Gemeinderatsbeschlüsse zu sehen und zu nehmen. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, diese Frage nicht als eine provokante Frage zu sehen, sondern diese hat sich mir einfach aufgedrängt, als ich längere Zeit zurückliegende Gemeinderatsprotokolle gelesen habe. Das habe ich auch nicht deswegen getan, weil ich mir hier in diesem Raume schon den Vorwurf gefallen lassen mußte, ich hätte verschiedene Dinge besser nicht vorgebracht, weil ich über kommunalpolitische Tätigkeiten nicht Bescheid wüßte. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß der mich damals Rügende offensichtlich einem Irrtum unterlegen ist. Sie gestatten mir daher in diesem Zusammenhang, daß ich aus dem Gemeinderatsprotokoll der 22. ordent-

lichen Sitzung vom 9. Dezember 1976 zitiere: Herr Bürgermeister Franz Weiss hat damals folgendes ausgeführt. Der erste Punkt behandelt den Antrag der Freiheitlichen Partei über Erarbeitung einer Subventionsordnung. Ich beziehe mich auf die Einbringung in der letzten Sitzung und habe kurz und bündig dazu einen Antrag vorzulegen, welcher lautet: Antrag der Freiheitlichen Fraktion im Gemeinderat auf Erarbeitung einer Subventionsordnung. Der Gemeinderat wolle beschließen: Der Rechts- und Finanzausschuß soll eine Subventionsordnung erarbeiten, in der insbesondere geregelt ist, wann, unter welchen Bedingungen und in welchem Ausmaße Subventionen an die Gemeinde wieder zurückgezahlt werden müssen. Gedacht ist dabei vor allem an Subventionen, die zur Errichtung für Baulichkeit mit allgemeiner Nutzung gegeben werden. Verhindert soll werden, daß öffentliche Subventionen nach einer bestimmten Zeit zweckentfremdet werden. Darauf folgte eine Debatte mit folgenden Debattenrednern in der Reihenfolge: Gemeinderat Ernst Fuchs, Gemeinderat Otto Tremml, Bürgermeister Franz Weiss. Anschließend gab es über diesen Antrag die Abstimmung, welche einstimmig erfolgte. Und nun, meine Damen und Herren, die Frage: Was ist seit 1976 in diesem Zusammenhang geschehen? - Nämlich nichts. Und ich darf daran erinnern, daß ein derartiger Antrag einen Auftrag darstellt, nämlich einen Auftrag in diesem Fall an den Finanz- und Rechtsausschuß. Ich darf weiters daran erinnern, daß bereits im Jahre 1976 Herr Bürgermeister Franz Weiss Vorsitzender dieses Ausschusses war. Ich darf weiters daran erinnern, daß auf Antrag oder Anliegen des Herrn Bürgermeisters eine Textvorlage der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion in Bezug auf eine Subventionsordnung eingebracht wurde. Es bleibt daher nur zu hoffen, daß es dem Antrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion auf Erstellung einer Lärmkarte, dem auch wieder ein einstimmiger Beschluß folgte, nämlich vom 1.3.1979, nicht genauso ergeht. Und ich möchte meine Ausführungen mit der Frage beenden, mit der ich begonnen habe: Wie ernst sind Gemeinderatsbeschlüsse zu nehmen? Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Bitte. Ich frage nun der Reihe nach, ob jemand von der Sozialistischen Fraktion dazu zu sprechen wünscht? Wenn nicht, sei mir erlaubt, dazu bescheidenweise einige Bemerkungen unterzubringen.

Zunächst einmal habe ich nie einen Hehl daraus gemacht, daß eine Subventionsordnung im Sinne des Antrages der Freiheitlichen Partei im Lande Oberösterreich nicht vorhanden ist, auch anderswo nicht, und so, wie es in der Kulturpolitik von der politischen Auffassung her Unterschiede natürlich in der Zielsetzung, in der Vorgangsweise gibt, so ist auch die Frage der Subventionen bisher immer dem Engagement des Gemeinderates, oder vorher des Stadtsenates, obgelegen. Ich kann mich aber erinnern - bitte, mich jetzt nicht festzulegen -, daß wir die Frage der Subventionsordnung entweder im Finanzausschuß oder sonst irgendwo behandelt haben, noch in Anwesenheit Ihres Vorgängers Gemeinderat Ernst Fuchs, und wo dort - glaube ich - bekundet wurde, daß keine Absicht besteht, aufgrund der Erfahrungen, eine Subventionsordnung zu erstellen. Ich kann... Wie?

ZWISCHENRUF STADTRAT MANFRED WALLNER:

Normen festzulegen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ja. Ich kann mich erinnern, daß wir das damals behandelt haben und entschieden haben, keine Normen festzulegen, weil es die freie Meinungsäußerung des Gemeinderates - ohne Unterschied der politischen Gruppierungen - wesentlich normieren würde und einschränken würde, bis wir alle eines Tages normiert wären. Und es widerspricht der Freiheitlichen Gesinnung meiner Ansicht nach - aber ich bin ja hier nicht Ihr Interpret -, auf der einen Seite zu wettern gegen die Festlegung von Normen und Regeln im öffentlichen Leben, sondern mehr freien Spielraum zu lassen, und auf der anderen Seite alles zu reglementieren, in ein Korsett zu pressen, wo nämlich dann überhaupt kein Spielraum mehr möglich ist. Aber bitte, ich kann das jetzt nur so sagen, wie es mir in Erinnerung geblieben ist. Zum weiteren. Ihre Bedenken hinsichtlich einer Lärmkarte kann ich vollständig zerstreuen, denn

wir haben das Land Oberösterreich um entsprechende Messungen ersucht. Es sind hier auch bereits Arbeiten im Gange, nur konnte diese Arbeit nicht so durchgezogen werden während der schlechten Jahreszeit, weil, nach Auffassung der Experten des Amtes der Landesregierung, während der Schlechtwetterzeit ganz andere Geräuschpegel erreicht werden als bei trockener Fahrbahn. Nachdem wir heuer ein sehr nasses Frühjahr hatten, konnten in dieser Zeit nur bescheiden Messungen durchgeführt werden, die ergeben haben, daß man so keinen Schnitt berechnen kann. Es ist uns daher vom Amt der Landesregierung mitgeteilt worden, daß, sobald die trockene Jahreszeit kommt, hier längerfristige Messungen durchgeführt werden, aus denen man dann den Schnitt entnehmen kann, wie nun diese Pegelstärken sind. Also, hier ist alles im Gange. Das nur zu Ihrer Information. Und jetzt die Frage, nachdem die SPÖ durch mich schon gesprochen hat, ob noch jemand von unserer Fraktion sprechen will? Ich glaube nicht. Dann Kollege Fritsch von der ÖVP.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Nur ganz kurz, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Über den Inhalt und den Wert einer Subventionsordnung möchte ich hier jetzt keine Stellungnahme beziehen, mit Ausnahme derer, daß ich sie persönlich für nicht schlecht finden würde. In einem gebe ich dem Herrn Gemeinderat Eichhübl recht: Es ist ein Auftrag an den Finanz- und Rechtsausschuß ergangen, sich mit der Problematik Subventionsordnung zu beschäftigen. Hier stimmt es – auch nur aus der Erinnerung –, was der Herr Bürgermeister dazu sagte, daß sich nämlich der Finanzausschuß damit beschäftigte. Bis zu dem Zeitpunkt stimmen die Fakten. Ab diesem Zeitpunkt ist eine echte – und hier beziehe ich mich auf die Formalistik – Lücke zu verzeichnen. Denn, wenn der Finanz- und Rechtsausschuß zur Erkenntnis gekommen wäre, daß die Subventionsordnung nicht als notwendig erachtet wird, dann wäre es sicherlich Aufgabe des Finanzausschusses, vertreten durch seinen Obmann, gewesen, hier dem Gemeinderat über diese Entscheidung zu berichten. Das ist bis dato nicht geschehen. Auch nicht jetzt, durch diesen Beitrag in der "Aktuellen Stunde". Es möge sicherlich festgehalten werden, es ist ein gewisses Formgebrechen, dem man sich als Vorsitzender, wenn ich es wäre, sicherlich nicht zeihen lassen müßte.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nachdem ich zuerst als Sprecher der Sozialistischen Fraktion geredet habe, sei es mir erlaubt, jetzt als Bürgermeister etwas zu sagen.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ist das ein Unterschied?

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ja. Die Weiterleitung von Behandlungsgegenständen aus dem Finanz- und Rechtsausschuß kann ja nur dann erfolgen, wenn ein Beschlußauftrag besteht, daß diese Entscheidung dem Gemeinderat vorzulegen ist. Eine Entscheidung in dieser Richtung ist im Finanzausschuß nicht getroffen worden. Ich kann mich hier überhaupt nur beziehen – ohne jetzt das Protokoll zu prüfen – auf die damaligen Festlegungen. Daher muß dieser Vorwurf doch zurückgewiesen werden. Ich betrachte ihn nicht als Vorwurf, nur als eine Meinungsäußerung, aber es wurde im Finanzausschuß gesagt, daß die Mehrheit die Auffassung nicht vertritt, aus eben den Gründen, die ich schon vorher erwähnt habe, und daher ist auch eine Beschlußfassung im Finanzausschuß einfach unterblieben. Jedenfalls war es so, daß kein Auftrag weitergereicht wurde, eine Subventionsordnung zu erlassen. Und dabei ist es dann geblieben. Der Gemeinderat hat ja nur beschlossen, daß sich der Finanzausschuß beschäftigen soll damit und der Finanzausschuß hat sich beschäftigt, mit dem Ergebnis, das jetzt bekannt gemacht wurde. Daher scheint mir vom Beschlußvorgang die Sache geregelt und ganz der Norm entsprechend erledigt. Bitte, mehr kann ich zu diesem Punkt nicht mehr hinzufügen. Wünscht die KPÖ dazu zu sprechen? – Nicht. Dann ist dieser Punkt, nachdem alle Fraktionen dazu gesprochen haben, soweit geklärt. Gibt es noch einen weiteren Beitrag zur "Aktuellen Stunde"? Zehn Minuten haben wir noch Zeit. Bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Aber, ich hoffe, daß es nicht viel länger dauern wird.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Zehn Minuten haben wir noch Zeit.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Der Herr Bürgermeister Weiss hat kürzlich in einem ORF-Interview bekanntgegeben, daß in unserer Stadt, also in der Stadt Steyr, rund 2.000 Personen über eine Zweitwohnung verfügen. Das heißt, daß sie eine Zweitwohnung gemietet haben. Dieser Zustand ist, meiner Meinung nach, unhaltbar, ich stimme daher voll mit der Auffassung unseres Bürgermeisters überein. Noch dazu, wo es – wie ich auch weiß –, Hunderte Familien in unserer Stadt gibt, die über keine Wohnung bzw. über Wohnungen verfügen, in denen sie schlecht oder beengt untergebracht sind. Daher verlange ich als KPÖ-Fraktion, daß die Verwaltung der GWG seitens des Gemeinderates beauftragt wird, zumindest in ihrem Bereich die notwendigen und gesetzlichen Schritte einzuleiten, damit dieser Mißstand abgestellt wird, und diese Wohnungen den vielen Hunderten Wohnungsuchenden zur Verfügung gestellt werden. Und ich glaube, daß es hier nicht nur im Bereich der GWG notwendig ist, dies zu erheben, sondern, daß man auch gesetzliche Änderungen trifft, so daß es möglich ist, auch bei anderen Wohnungseigentümern und –genossenschaften hier Maßnahmen zu setzen, daß es unmöglich ist, daß es in einer Zeit, in der wir das Wohnungsproblem noch lange nicht bewältigt haben, Menschen gibt – und das in großer Anzahl –, die über zwei Wohnungen verfügen. Meist sogar über zwei geförderte Wohnungen, was überhaupt gesetzlich nicht statthaft ist.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Sprecher dazu Vizebürgermeister Schwarz.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Als Vorsitzender des Aufsichtsrates der GWG möchte ich sagen, daß uns dieses Problem natürlich auch sehr beschäftigt und wir jedem Fall, der uns bekannt wird, sofort nachgehen. Es ist natürlich nicht jeder Fall gleich gelagert und es sind sehr viele Untersuchungen im einzelnen, sehr viele Rückfragen, auch unter Umständen außerhalb von Steyr, notwendig, um eine Klarheit über den Einzelfall zu bekommen. Dort, wo es tatsächlich zutrifft, wird selbstverständlich veranlaßt eine Kündigung der Wohnung. In der Regel geschieht das so, daß diese Kündigung im beiderseitigen Einvernehmen erfolgt, so daß also nicht von Gericht her eine Kündigung durchgeführt werden muß, weil die Leute nach Gesprächen in der Regel einsehen, daß das nicht geht. Darüber hinaus – wenn das also keinen Erfolg zeigt, eben solche Gespräche – und, ich möchte sagen, dort, wo es möglich ist, wird selbstverständlich auch eine gerichtliche Kündigung ausgesprochen und die Wohnung dann entsprechend wieder weitervermietet. Die Zahl dieser Fälle ist im Endeffekt die Zahl, die statistisch angegeben wird. Sie betrifft natürlich bei weitem nicht nur die GWG, sondern auch andere. Wir haben ja eine ganze Menge von Wohnungsgesellschaften und –genossenschaften in Steyr, die alle hier in dieser Richtung Probleme haben. Das darf ich also dazu sagen. Es wird jeder Einzelfall registriert. Wenn Sie wollen, bin ich gerne bereit, hier Einzelheiten vorzutragen und mir die entsprechenden Unterlagen zu beschaffen. Aber, ich kann Ihnen sagen, daß manche Akte von einem Fall oft ganz schön dick wird, bis es soweit ist, daß die Gründe tatsächlich festgestellt werden können. Einen Fall kenne ich, dem gehen wir schon seit zwei Monaten nach: In diesem Fall ist einfach der Wohnungsmieter nicht auffindbar, trotz Ausschreibungen usw. Solche Situationen gibt es also auch, daß der Mieter einfach nicht da ist. Es ist dabei ein Dauerauftrag da, der Zins wird automatisch von der Kassa überwiesen, aber wir finden den Mieter, der von uns die Wohnung gemietet hat, nicht. Auch nicht von der Polizei oder sonst irgendwem. Wir wissen einfach nicht, wo sich der aufhält. Also solche Fälle gibt es auch und es zieht sich oft über viele Monate, bis die Wahrheit herauskommt. Aber, ich darf Ihnen nochmals versichern, daß wir interessiert sind, jedem Einzelfall nachzugehen und jeden Einzelfall auch ent-

sprechend zu lösen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Österreichische Volkspartei?

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Nein danke, wir verzichten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Freiheitliche Partei? – Nichts. Dann, glaube ich, ist die Sache soweit aufgeklärt. Ich kann nur noch eines hinzufügen: Es ist die große Zahl der Wohnungssuchenden in Steyr im Vergleich zu unserer Stadtgröße, verglichen mit anderen Städten, die uns Probleme macht und sie muß ja gewisse Ursachen haben. Eine der Ursachen ist sicherlich auch die, daß manche ihre Mietwohnungen weiterbezahlen auf irgendwelchen Wegen und sie von einem Untermieter benützen lassen, der nach der gegenwärtigen Mietengesetzgebung nach zwei Jahren das Recht auf Wohnungsnachfolge besitzt. Und da, glaube ich, wird viel Schindluder getrieben. Wenn ich mir jeden Dienstag vormittag anschau, was sich beim Stadtrat Zöchling in der Halle an Wohnungssuchenden sammelt und die Zahl wird nicht kleiner! Jeden Dienstag ist hier derselbe große Haufen Leute, die oft bis 13.00 Uhr hier sitzen. Wenn man sich das so anschaut, muß man der Sache wirklich ein schärferes Augenmerk zuwenden. Ich gehe sogar so weit, zu sagen, daß man mit schärferen Mitteln als bisher der Sache nachgehen muß. Das geschieht ja jetzt auch über die GWG und wir werden ja sehen, mit welchem Erfolg. Aber, zumindestens im GWG-Bereich, also in unserem eigenen Einflußbereich, muß man versuchen, die Probleme zu lösen und auf diesem Weg befinden wir uns ja gegenwärtig.

Meine Damen und Herren, wir sind nunmehr genau bei der "Aktuellen Stunde", 60 Minuten, angelangt. Ich danke Ihnen für die – das muß ich wirklich sagen – sachlich Behandlung der Probleme und man sieht, daß sich ohne "Anheizung" verschiedene Probleme viel leichter bereden lassen, als wenn von vorneherein schon irgendwelche Spannungselemente in der Sitzung enthalten sind. Das Interesse unsererseits ist ja wirklich nur, die Fragen zu klären, die geklärt werden müssen, und der Weg scheint mir wirklich günstig zu sein. Jedenfalls hat sich die "Aktuelle Stunde" aus dieser Sicht bis jetzt – die zwei Male – bestens bewährt und ich glaube, es war eine ganz gute Entscheidung, sie eingeführt zu haben. In diesem Sinne darf ich Ihnen danken für Ihre Anwesenheit und Mitwirkung und ich erkläre nunmehr die Sitzung für geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.15 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Franz Weiss e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser e.h.
VB Gerda Gugenberger e.h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Erwin Schuster e. h.
Otto Treml e. h.